



## **Bericht**

der Landesregierung

**Bericht zur politischen Bildung 2004**

**Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

---

Inhaltsverzeichnis	2
Abkürzungen	4
<b>1 Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2 Herausforderungen, Aufgaben und Ziele politischer Bildung</b>	<b>6</b>
<b>3 Politische Bildung in der Schule</b>	<b>8</b>
3.1 Partizipation in der Schule	9
3.1.1 Die Landesschülervertretungen	9
3.1.2 Elternvertretungen	11
3.1.3 Fazit	13
3.1.4 BLK-Modellversuchsprogramm „Demokratie lernen und leben“	13
3.2 Politische Bildung in der Sekundarstufe II	14
3.2.1 Das Fach Wirtschaft/Politik	14
3.3 Lehrplanreform und Umsetzung der Lehrpläne	16
3.4 Thematischer Schwerpunkt: Europa	17
3.5 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein	18
<b>4 Außerschulische politische Bildung</b>	<b>21</b>
4.1 Landtag	21
4.2 Minderheiten und Grenzverbände	21
4.3 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	22
4.3.1 Politische Partizipation	23
4.3.2 Pädagogische Partizipation	24
4.4 Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt	25
4.5 Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen	29
4.6 Mädchenarbeit als politische Bildung	29

---

4.7	Internationale Jugendarbeit	30
4.8	Medienkompetenz in der Jugendhilfe	31
4.9	Freiwilliges soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges soziales Jahr im Sport und Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ)	32
<b>5.</b>	<b>Weiterbildung</b>	<b>33</b>
5.1	Bildungsfreistellung	35
5.2	Politische Bildung an Volkshochschulen	36
5.3	Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten	38
5.4	Parteinahe Träger und Einrichtungen politischer Bildung	45
5.5	Thematische Schwerpunkte: Europa, nachhaltige Entwicklung, Entwicklungs- politik, Umwelt, Migration/Zuwanderung	47
<b>6</b>	<b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>50</b>
<b>7</b>	<b>Landeszentrale für politische Bildung</b>	<b>54</b>

## Abkürzungen

BfnE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BFQG	Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz Schleswig-Holstein
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
bmbf	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BSW	Berichtssystem Weiterbildung
BU	Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
COMENIUS	Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbildung
DGV	Deutscher Grenzverein e. V.
Drs.	Drucksache des Schleswig-Holsteinischen Landtags
DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.
EPA	Einheitliche Prüfungsanforderungen im Abitur
EQUAL	Europäisches Programm zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EVA-SH	Evaluation der Schulprogrammarbeit in Schleswig-Holstein
FNSt	Friedrich-Naumann-Stiftung
FÖJ	Freiwilliges ökologisches Jahr
FSJ	Freiwilliges soziales Jahr
Hg.	Herausgeber
IBJ	Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
IIZ	Institut für internationale Zusammenarbeit
IPTS	Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule
IQSH	Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein
IZRG	Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte
JULEICA	JugendleiterInnen-Card
Kitas	Kindertageseinrichtungen
LISUM	Berliner Landesinstitut für Schule und Medien
LpB	Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein
LSV	Landeschülervertretung
LVHS	Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein
MBWFK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
MJF	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
MSGV	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
MUNL	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein

MWAV	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
PIT	Prävention im Team
SCHILF	Schulinterne Lehrerfortbildung
SchulG	Schulgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SHL	Schüler helfen leben
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
SV	Schülervertretung
TestDaF	Test Deutsch als Fremdsprache
TN	Teilnehmende
TNT	Teilnehmertage
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
VHS	Volkshochschule
VPJ	Verband politischer Jugend

## 1. Einleitung

Der Bericht zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein wurde erstmals 1994 vom damaligen Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein vorgelegt. Dem Bericht lag ein Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP sowie des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW) zugrunde (Drs. 13/1342), der folgende Themen in 34 Einzelfragen behandelte: Allgemeines (Definition und Bedeutung), politische Bildung in der Schule und in der Vorschulerziehung, außerschulische politische Bildung und die Landeszentrale für politische Bildung. 1998 wurde die Landesregierung in einem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/1390) gebeten, den Bericht von 1994 fortzuschreiben. Der Bericht zur politischen Situation 1998 (Drs. 14/1849) gliederte sich nach einer Einleitung in die Kapitel „Herausforderungen“, „Aufgaben und Ziele politischer Bildung“, „politische Bildung in der Schule“, „außerschulische politische Jugendbildung“, „politische Weiterbildung“, „Hochschulen und Forschung“ sowie „Landeszentrale für politische Bildung“. Ebenfalls erging 1998 die Bitte, zukünftig einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zur politischen Bildung in aktualisierter Form vorzulegen. Diesem Auftrag kommt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein mit dem Bericht zur politischen Bildung 2004 nach. Da in den Berichten von 1994 und 1998 bereits die grundsätzliche Situation der politischen Bildung ausführlich dargelegt wurde, beschränkt sich dieser Bericht nun auf die Aktualisierung in knapper Form und bemüht sich, Wiederholungen zu vermeiden. Er stellt eine Ergänzung dar, blickt auf Veränderungen der letzten Jahre zurück und weist vorrangig auf neue Entwicklungen, Schwerpunkte und auf die Zukunft gerichtetes Handeln hin. Die Kapitelnummerierung und -einteilung des Berichtes von 1998 wurde weitgehend beibehalten, um die Fortschreibung zu verdeutlichen und um einen Vergleich zu ermöglichen.

## 2 Herausforderungen, Aufgaben und Ziele politischer Bildung

Über die Ziele der politischen Bildungsarbeit herrschte in den letzten Jahren Konsens: Vermittlung von Grundwissen, Förderung des Politikverständnisses, Unterstützung des selbständigen Urteils und Stimulierung eines politischen Engagements. Dennoch steht politische Bildung angesichts permanenter Veränderungen der Gesellschaft immer wieder vor neuen Herausforderungen. Stichworte sind u. a. Globalisierung, Vertrauensverlust, Reizüberflutung, Fremdenfeindlichkeit, demographischer Wandel oder Umweltkatastrophen. Die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist und bleibt substantieller Bestandteil einer jeden funktionsfähigen und lebendigen Demokratie.

Das Ergebnis der Studie „Politische Partizipation in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung vom Juni 2004 belegt, dass aktuell mehr Bundesbürgerinnen und -bürger an Politik interessiert sind als während der gesamten 1990er Jahre. Von einer generellen Politikverdrossenheit kann demnach keine Rede sein. Auch die Bildungsstätten melden zur politischen Bildung keinen generellen Teilnehmerschwund. Allerdings waren zum Zeitpunkt der Umfrage

für die Studie im November 2003 55 Prozent der Deutschen mit der (Parteien-) Demokratie eher unzufrieden, nur 43 Prozent sagen eher zufrieden – ein Negativrekord. Vor diesem Hintergrund gilt es im Besonderen, die Identifikation mit den demokratischen Institutionen zu stärken. Das Potenzial dazu ist vorhanden: Denn gerade die Einschätzung der persönlichen Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen, hat sich positiv entwickelt. Glaubten vor zehn Jahren nur 14 Prozent der Deutschen, individuell politisch etwas bewirken zu können, so schreiben sich heute 36 Prozent diese Möglichkeit zu. Das Leitbild der mündigen, der wissenden, kritischen, aufgeklärten und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürger der 1970er Jahre ist unvermindert gültig. Politische Bildung setzt auf mittel- und langfristige Lern- und Veränderungsprozesse und kann zum Erwerb von gesellschaftlichen Schlüsselqualifikationen beitragen, etwa in der Kompetenz der Selbst- und Fremdwahrnehmung, im Begreifen von sozialen Entwicklungen, dem pfleglichen Umgang mit Mensch und Natur, in einer historischen Kompetenz, die sowohl Erinnerungs- als auch Utopiefähigkeit einschließt, einer Sensibilität und Wahrnehmungsfähigkeit für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Gerechtigkeit sowie im Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen des Gemeinwesens.

Die politische Jugendbildungsarbeit wird weiterhin von herausragender Bedeutung sein. Sie hat im Verlauf ihrer Entwicklung in Deutschland wesentlich zur Entstehung einer partizipativen, demokratischen Lernkultur und zur Persönlichkeitsbildung beigetragen. Die 14. Shell-Jugendstudie fragte 2002 die zwischen 12- und 25-Jährigen schwerpunktmäßig nach ihrem Politik-Verständnis. Demnach ist das Interesse der Jugendlichen an Politik weiter rückläufig, nur 34 Prozent der Heranwachsenden bezeichnen sich als politisch interessiert, Politikerinnen und Politikern sowie den Parteien allgemein sprechen sie nur wenig Lösungskompetenz zu. Sich „in die Politik einzumischen“ ist „out“ – auch zur Wahl würde nur gut ein Drittel der Befragten ganz sicher gehen. Die überwiegende Mehrheit hält jedoch die Demokratie für eine gute Staatsform, und auch dem politischen Extremismus wird eine klare Absage erteilt. Trotzdem zeigt die Jugend in ihrem direkten Lebensumfeld gesellschaftliches Engagement. Diese Einstellung der Jugend geht auf einen grundlegenden Wertewandel hin zu einer neuen pragmatischen Haltung zurück – konkrete Probleme und Fragestellungen vor Ort interessieren die Jugendlichen wohl. Von besonderer Bedeutung ist für die Jugend das Internet, das häufig als Instrument zur Schaffung von Basisdemokratie genutzt wird. Es eröffnet einen nahezu unbegrenzt erscheinenden Informationszugriff und die Möglichkeit der öffentlichen, freien Meinungsäußerung. Jugendliche, die noch nicht wählen dürfen, können in Foren mitdiskutieren, ihre Meinung sagen und abstimmen. Die Struktur des Internets wird als gleichberechtigt erlebt, Alter und Geschlecht spielt praktisch keine Rolle, eher zählen kommunikative Kompetenz und Toleranzfähigkeit. Diese Erkenntnisse könnten noch stärker für die politische Bildungsarbeit genutzt werden.

Als Querschnittsaufgabe wird auch weiterhin Gender Mainstreaming eine obligatorische Aufgabe in der politischen Bildung bleiben. Dabei geht es weniger um die Erhöhung des Anteils von Frauen bei Angeboten der allgemeinen und politischen Bildung (der in Schleswig-Holstein nach dem „Konzept der Landesregierung Schleswig-Holstein – Weiterbildung im Kon-

text des lebenslangen Lernens“ eher überproportional ist), als vielmehr um die geschlechtsspezifische Folgenabschätzung gesellschaftspolitischer Planungen und Entscheidungen.

Neben den seit Jahren wahrgenommenen Aufgabenfeldern (Extremismus/Fremdenfeindlichkeit, Persönlichkeitsentwicklung/soziales Lernen, Konfliktbearbeitung/Gewaltprävention) liegen die Perspektiven für die Zukunft in noch nicht ausgeschöpften Handlungspotenzialen. Politische Bildung kann noch besser mit den Bereichen der beruflichen Weiterbildung und dem lebenslangen Lernen vernetzt werden. In den letzten Jahren machten immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Recht auf Bildungsurlaub Gebrauch, und die Kursbuchungen gingen verstärkt in den Bereich der beruflichen Bildung – zu Lasten der politischen Bildung. Hier könnten gezielt die bislang unterrepräsentierten Zielgruppen angesprochen werden. So haben etwa nach der alle drei Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (bmbf) durchgeführten repräsentativen Befragung im Rahmen des Berichtssystems Weiterbildung (BSW) im Jahr 2000 43 Prozent aller Erwerbsfähigen im Alter von 19 bis 65 an einer Weiterbildung teilgenommen. Dabei beteiligen sich Personen mit höherer Schulbildung sowie steigender beruflicher Qualifikation und Stellung wesentlich häufiger an einer Weiterbildung. Jüngere Personen nehmen häufiger an Weiterbildungen teil als ältere, Frauen seltener als Männer, Ausländerinnen und Ausländer seltener als Deutsche.

Auch der demographische Wandel wird in der politischen Bildungsarbeit eine Verlagerung der Zielgruppen nach sich ziehen: Nach einem kurzzeitigen, zahlenmäßigen Anstieg von Jugendlichen werden vorwiegend ältere Menschen zur wichtigsten Zielgruppe. Migrantinnen und Migranten und im Bildungssystem „zu kurz Gekommene“ werden weiterhin dazu gehören, um zum Abbau von Chancenungleichheiten beizutragen.

Weitere Handlungsfelder sind die Professionalisierung, die interaktive Vermittlung im Lernen von Person zu Person sowie die Nachwuchsförderung in der Politik. Denn auch dies machte die Bertelsmann-Studie deutlich: Die Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes liegt mit 19 Prozent unter dem Niveau der vergangenen Jahre, mehr Bürgerinnen und Bürger als zuvor (79 Prozent) lehnen ein politisches Engagement in dieser Form ab. Politik kann aber nur so gut sein wie die Menschen, die sich an ihr beteiligen und die sie machen. Insofern tut politische Bildung nach wie vor Not.

### **3. Politische Bildung in der Schule**

Ein inhaltlicher Rahmen für die politische Bildung in der Schule wird durch die Lehrpläne gesetzt, die für die Sekundarstufe I im Bericht zur politischen Bildung 1998 ausführlich dargestellt wurden. Der Lehrplan des Faches Wirtschaft/Politik ist seit dem Schuljahr 2002/03 zur Grundlage des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe geworden. Im Schuljahr 2004/05 wird er zum ersten Mal in den Abiturprüfungen angewendet.

Die Chancen der Partizipation, die das Schulgesetz bietet, werden angenommen. Neue Möglichkeiten der Mitwirkung an Instrumenten der Gestaltung und Evaluation von Schule für alle in der Schule Tätigen prägen zunehmend die Schulwirklichkeit.

### **3.1 Partizipation in der Schule**

Die schleswig-holsteinische Landesregierung definiert es als eine wesentliche Aufgabe von Schule und Bildung, Schülerinnen und Schülern das Rüstzeug mitzugeben und Kompetenzen zu fördern, die ihre aktive und verantwortungsvolle Beteiligung an Demokratie und Gesellschaft ermöglichen.

Zur Schaffung der hierfür notwendigen Rahmenbedingungen haben die 1998 und 2002 in Kraft getretenen Lehrpläne für die Sekundarstufen I und II sowie für Sonderschulen durch die Definition des Kernproblems „Partizipation“ und die Zielvorgabe der Lernkompetenz ebenso Maßstäbe gesetzt wie die Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes 1998.

Dieses Gesetz definiert im Abschnitt V die „Mitwirkung der Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen“ (§ 91 SchulG). Die der Schüler- und auch der Elternschaft eingeräumten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte sind umfassend:

- Drittelparität in der Schulkonferenz
- Schülervertretungen (auf Schul-, Kreis- und Landesebene)
- Elternvertretungen (auf Schul-, Kreis- und Landesebene)

#### **3.1.1 Landesschülervertretungen**

Die Schülervertretungen der schleswig-holsteinischen Schulen haben an der Entwicklung der Schulprogramme und den damit verbundenen Entscheidungsprozessen mitgewirkt. Die Erstellung von Schulprogrammen ist in Schleswig-Holstein zum 31. Juli 2002 abgeschlossen worden. Die Schulprogramme werden jetzt evaluiert und weiter entwickelt.

Im Rahmen dieser wichtigen Ausgestaltung schulischer Eigenverantwortung haben die Schülervertretungen somit, auch über die Drittelparität in der Schulkonferenz, bei der Vereinbarung schulischer Arbeits- und Gestaltungsschwerpunkte, der Definition von gemeinsamen Arbeitszielen und konkreten Maßnahmen mitgewirkt. Sie sind an der Erneuerung schulischen Managements beteiligt und tragen dazu bei, dass nach der Qualität und den Ergebnissen schulischer Arbeit auch aus Sicht der Schülerschaft gefragt wird. Die schulische Qualitätsentwicklung und -sicherung wird durch die Arbeit der Schülervertretungen befördert.

Die schleswig-holsteinischen Schülervertretungen tragen auf allen Ebenen Verantwortung für ihre Mitgestaltung bei Entscheidungen und Prozessen. Schülerinnen und Schüler lernen, die Interessen der Schülerschaft zu vertreten, in konstruktiver Abwägung gemeinsam mit den

anderen an Schule beteiligten Gruppen Entscheidungen zu treffen und diese dann auch mit zu vertreten.

Die Landesschülervertretungen zeigen durch engagierte Projekte und Aktionen, dass sie ihre Möglichkeiten verantwortungsbewusst nutzen. Es seien hier nur einige Beispiele genannt:

- Sammlungen aller Landesschülervertretungen für die Afghanistan-Hilfe der UNICEF („Bringt die Kinder durch den Winter“)
- Aufruf aller Landesschülervertretungen gemeinsam mit Landesjugendring, Jusos, SSW-Jugend, Julis, Junger Union zu einer Demonstration und Aktionen „Schüler gegen Rechtsextremismus“
- Veröffentlichung der LSV der Beruflichen Schulen (November 2001) mit der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. und dem Landesjugendring Schleswig-Holstein der „Gaardener Erklärung“ als Zeichen der Solidarität nach dem Anschlag vom 11. September 2001, um einer möglichen pauschalen Verurteilung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern muslimischen Glaubens entgegenzuwirken.
- Die LSV der Beruflichen Schulen ruft 2001 die Aktion „BSB – Berufsschüler spenden Blut“ ins Leben, an der sich bisher über 3.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt haben.
- Die LSV Gymnasien/Gesamtschulen veröffentlicht einen Newsletter für ihre Schulen, die Broschüre „Geistesblitz“ als Ideen- und Methodenleitfaden für Schülervertretungen, das Handbuch für Schülervertretungen „So geht’s!“ u. a. m.
- Die Landesschülervertretungen veröffentlichen den Rechtsratgeber für Schüler „Nutze Dein Recht!“.
- Unter dem Motto „Flutkatastrophe! Schleswig-Holsteins Schüler helfen!“ haben alle Landesschülervertretungen gemeinsam mit Ministerin Ute Erdsiek-Rave eine Sonderaktion zur Hilfe für Schülerinnen und Schüler sowie Schulen, die vom Hochwasser im Sommer 2002 betroffen waren, ins Leben gerufen.
- Die drei Landesschülervertretungen beteiligen sich an dem 2002 von Ministerin Ute Erdsiek-Rave gegründeten Gesprächskreis „Erfurt und die Folgen“.
- Die LSV Gymnasien/Gesamtschulen veranstaltete im Juni 2003 die Kampagne „Abi – und dann?“ in der Max-Planck-Schule Kiel, um Schülerinnen und Schülern Alternativen zu Studium oder Lehrstelle nach Beendigung der Schulzeit aufzuzeigen.

Die von der LSV Gymnasien/Gesamtschulen initiierte Aktion „Schüler helfen leben“ (SHL) ist, inzwischen vom gleichnamigen Verein veranstaltet, mehrfach mit großem Erfolg durchgeführt worden. Der alle zwei Jahre organisierte Soziale Tag mobilisiert in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Berlin inzwischen über 200.000 Schülerinnen und Schüler, die in Altersheimen helfen, Rasen mähen, Flugzeuge putzen und vieles mehr leisten und so insgesamt bereits 5,1 Millionen EUR spenden konnten. Der Soziale Tag hat sich in den Jahren zu einer Institution entwickelt: 1998 – am ersten Sozialen Tag – erarbeiteten 35.000 Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein rund 700.000 EUR. Im Jahr 2000

machten bereits über 100.000 Schülerinnen und Schüler mit, im Jahr 2002 waren es über 210.000 Jugendliche. 2004 beteiligten sich am 22. Juni über 220.000 Schülerinnen und Schüler aus rund 1.300 Klassen, davon rund die Hälfte aus Schleswig-Holstein, dem Ursprungsland dieser Aktion. Die Arbeit am Sozialen Tag wird als „Unterricht in anderer Form“ unterrichtlich durch ebenfalls von „Schüler helfen leben“ erstellte Unterrichtsmaterialien vorbereitet. Bundespräsident Johannes Rau hatte neben Ministerpräsidentin Heide Simonis die Schirmherrschaft übernommen. Allein in diesem Jahr wird mit einem Erlös von über 3 Millionen EUR gerechnet. Dieses Geld wird für SHL-Projekte auf dem Balkan, insbesondere für zwei Jugendzentren in Sarajevo und Orahovac sowie ein Jugend- und Ausbildungszentrum in Ost-Bosnien, zur Verfügung gestellt. Der Erfolg dieser Aktion macht deutlich, dass Jugendliche sich besonders dann engagieren, wenn sie ein Ziel vor Augen haben.

Gleichzeitig ist die „Stiftung Schüler Helfen Leben“, die im Frühjahr 2002 in der gemeinsamen Landesvertretung von Schleswig-Holstein und Niedersachsen in Berlin gegründet wurde, die erste Schülerstiftung Deutschlands. Ministerpräsidentin Heide Simonis ist Mitglied des Stiftungskuratoriums. Die Stiftung ist dem Gedanken verpflichtet, dass besonders Kinder und Jugendliche ein Recht auf unbekümmertes Aufwachsen und Erwachsenwerden haben.

Im Schuljahr 2003/2004 fand eine erste Tagung für Schülervertretungen an Schulen für Geistigbehinderte in Schleswig-Holstein statt. Unter Leitung und auf der Grundlage der didaktisch-methodischen Planung durch Lehramtsstudierende wurde das erste landesweite Seminar für amtierende und zukünftige Schülervertreterinnen und -vertreter durchgeführt, das mit einer Diskussion zu bildungspolitischen und schulrechtlichen Fragen mit dem Bildungsstaatssekretär abschloss. Im selben Schuljahr gab es die erste Folgeveranstaltung unter gleicher Leitung in den Räumen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. An beiden Tagungen konnten Lehrkräfte teilnehmen, die in eigenen Workshops Fragen der Schülervertretung und politischen Mitbeteiligung erörterten.

### **3.1.2 Elternvertretungen**

Es lässt sich nach dem Bericht zu EVA-SH feststellen, dass die Bereitschaft und die Aktivitäten der Elternschaft, an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Schulen ihrer Kinder mitzuwirken, ausgeprägt ist und die Möglichkeiten, die das SchulG schafft, genutzt werden. Die Beteiligung und Mitwirkung von Eltern verlangt von ihnen zusätzlich zur eigenen beruflichen bzw. häuslichen Tätigkeit eine anspruchsvolle ehrenamtliche Arbeit. Vor diesem Hintergrund muss das Engagement der Eltern und Elternvertretungen besonders gewürdigt werden.

Schulen nutzen die Beteiligung von Eltern und Schülerinnen und Schülern vermehrt für gemeinsame Arbeit und Konsensbildung. Auch die im Bericht zu EVA-SH festgestellte Zufriedenheit von Eltern (und Schülerschaft) mit ihrer Schule ist hier erwähnenswert.

Aus dem Bericht EVA-SH, Dezember 2002:

- „Die Befunde zur Beteiligungsdynamik widerspiegeln großes Engagement insbesondere von Lehrkräften, Schulleiterinnen und Schulleitern, aber auch von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern bei der Gestaltung der eigenen Schule. An der großen Mehrzahl der Schulen hat die Schulprogrammarbeit zu einer hohen Aktivierung der Beteiligten und zu neuen Impulsen für die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht geführt.“
- „Neue Strukturen sind dabei entstanden: An der großen Mehrheit der Schulen existieren Schulprogrammausschüsse, in denen die Schulleitung in der Regel vertreten ist wie auch die Elternschaft. Die Beteiligungsquote von Schülern in der Sekundarstufe I an Schulprogrammausschüssen ist dagegen niedriger. Auch an den Aussagen darüber, welche Gruppen Vorschläge in das Schulprogramm eingebracht haben, ist die relativ höhere Beteiligung der Elternschaft gegenüber der Schülerschaft abzulesen.“
- „Dabei heben einige Schulleiterinnen und Schulleiter hervor, dass die Schulprogrammarbeit von Anfang an unter Einbeziehung insbesondere der Eltern erfolgte. So gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Eltern an SCHILF-Tagungen teilnahmen und das Schulprogramm mitformulierten. Diese Berichte decken sich mit den Erfahrungen, die seitens der wissenschaftlichen Begleitung von 16 Einzelschulen im Rahmen des Projekts ‚Qualitätsentwicklung durch Schulprogramme im Kreis Schleswig-Flensburg‘ gemacht wurden.“
- „Am Beispiel einer Schule soll die zum Teil intensive Mitarbeit der Eltern veranschaulicht werden: An dieser Schule gab es monatliche Treffen der Eltern im Rahmen der Schulprogrammarbeit. Ein Ergebnis ist eine Broschüre der Eltern mit dem Titel ‚Was muss ich als Elternteil leisten, damit mein Kind erfolgreich in der Schule mitarbeiten kann?‘. Inzwischen haben die Eltern ein Elternforum mit den benachbarten Schulen und Kindergärten gegründet. Dieses Forum führt Elternfortbildungen beispielsweise zum Thema ‚Werte und Konsequenzen in der Erziehung‘ durch.“
- „Die berichteten Ergebnisse lassen darauf schließen, dass Schulprogrammarbeit auf Akzeptanz stößt und zu Konsensfindung über zentrale Arbeitsvorhaben an den meisten Schulen geführt hat. Besonders bemerkenswert ist die Einbeziehung teilweise des gesamten Kollegiums und der Elternschaft in die Erarbeitung des Schulprogramms. An fast allen Schulen gibt es organisierte Formen der Schulprogrammarbeit, sodass Grundlagen für die kontinuierliche Weiterarbeit geschaffen worden sind.“
- „Bestandsaufnahmen sind an fast allen Schulen die Grundlage für Schulprogrammarbeit. Hervorzuheben ist insbesondere, dass an rund 400 Schulen eine Fragebogenerhebung durchgeführt wurde: Eltern, Schüler und Lehrkräfte erhielten hier eine besondere Möglichkeit, ihre Einschätzungen über die jeweilige Schule zu formulieren.“
- „Auf Grund der hohen Beteiligungsquoten bei den Befragungen (Anmerkung: Fragebögen zur Schulprogrammarbeit in den Schulen) lassen die Ergebnisse fundierte

Rückschlüsse über bestimmte Qualitätsmerkmale von Schule zu. Hervorstechend sind dabei die Werte über die insgesamt deutlich verbreitete Zufriedenheit von Eltern und Schülern mit ihrer Schule. Der Optimierungsbedarf wird insbesondere in den Schlüsselbereichen „Bildung und Erziehung“, also bezogen auf den Unterricht und das soziale Miteinander, sowie in den räumlichen Bedingungen bestimmt.“

### **3.1.3 Fazit**

Die Rahmenbedingungen für Schülerpartizipation und Elternbeteiligung in Schleswig-Holstein schaffen umfangreiche Möglichkeiten für Mitbestimmung und Mitgestaltung, für demokratisches Lernen und Handeln. Sowohl Schüler- als auch Elternvertretungen bereichern ihre Kooperationspartner auf allen Ebenen: Sie befördern die Schulentwicklung vor Ort und geben auch auf ministerieller Ebene wichtige Impulse. Schülerinnen und Schüler werden außerdem in die Pflicht genommen, sie gestalten und entscheiden mit. Die Kinder und Jugendlichen wachsen an diesen Aufgaben und auch an den Auseinandersetzungen, die immer mit demokratischen Prozessen verbunden sind, ebenso ihre Kooperationspartner in den Schulen, Kreisen und auf Landesebene.

### **3.1.4 BLK-Modellversuchsprogramm „Demokratie lernen und leben“**

„Demokratie lernen und leben“ ist ein Schulentwicklungsprogramm, bei dem der Bund und zwölf Länder im Rahmen der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) zusammenwirken. Dieses BLK-Modellversuchsprogramm startete im September 2003 mit sieben Schulen (Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen), u. a. beteiligen sich Schulen aus Satrup, Kiel, Pinneberg und Mölln. Ziel ist es, demokratische Abläufe im Lebensumfeld der Schülerinnen und Schüler von Anfang an fest zu etablieren.

Arbeitsschwerpunkte sind

- SV-Arbeit, selbständiges Lernen, Methodentraining
- Arbeit im Netzwerk (gemeinsame Tagungen)
- gegenseitige Fortbildungen
- Kooperation mit dem MJF

Im Rahmen des Programms nehmen insgesamt neun schleswig-holsteinische Fachkräfte aus der Jugendhilfe und Schule an einer vom Fortbildungsinstitut LISUM in Brandenburg organisierten Fortbildung zur „Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern für Demokratiepädagogik“ teil. Diese gemeinsam vom MBWFK und MJF geförderte Qualifizierung ist für Personen entwickelt worden, die längerfristig in demokratiepädagogischen Projekten arbeiten. Ziel ist, bereits während der Ausbildung Praxiskonzepte zu entwickeln und die am Modellprogramm teilnehmenden Schulen zu unterstützen. Hierbei kann insbesondere auf bereits in der Jugendhilfe entwickelten demokratiepädagogischen Kompetenzen und Methoden zurückgegriffen werden.

Im Kontext des Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“ werden vom IQSH in Kooperation mit dem MJF verstärkt Fortbildungsangebote zum Themenkreis der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen angeboten. Diese richten sich an Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl aus den Feldern der Jugendhilfe als auch der Schule. Exemplarisch seien folgende Veranstaltungen aus dem 2. Halbjahr 2004 genannt:

- Theorie und Praxis demokratischer Kommunikation
- Der Schülervvertretung auf die Sprünge helfen
- Demokratie lernen – erste Schritte im Klassenraum

## **3.2 Politische Bildung in der Sekundarstufe II**

### **3.2.1 Das Fach Wirtschaft/Politik**

Auch wenn das Fach Wirtschaft/Politik in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Ausprägungen und Bezeichnungen erfährt, ist es gemeinsames und genuines Ziel, bei jungen Menschen die Fähigkeiten zu entwickeln, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen, sich in öffentlichen Angelegenheiten auf einer demokratischen Grundlage zu engagieren und Mitverantwortung für die Angelegenheiten des Gemeinwesens im Sinne einer gerechten, solidarischen und demokratischen Zivilität zu übernehmen. Politische Bildung zielt auf die Entwicklung politischer Mündigkeit. Damit leistet das Fach Wirtschaft/Politik den zentralen schulischen Beitrag zur Erhaltung, Weiterentwicklung und Erneuerung der Demokratie.

Mit der Analyse grundlegender Probleme der Gegenwart und der erkennbaren Herausforderungen der Zukunft fördert das Fach Wirtschaft/Politik ein differenziertes Verständnis der politischen Realität sowie ihrer sozialen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen. Es fragt auch in historischer Perspektive nach zugrunde liegenden Macht- und Herrschaftsstrukturen und ihren Legitimationen. Das Fach Sozialkunde/Politik stellt in Ablehnung und Abgrenzung gegenwärtige und zukünftige politische, gesellschaftliche und ökonomische Fragen und Kontroversen in den Mittelpunkt. Es stützt sich auf einen umfassenden Politikbegriff.

Das Fach Wirtschaft/Politik befähigt Schülerinnen und Schüler, die politische, soziale und ökonomische Realität im Hinblick auf die systemischen Zusammenhänge und Legitimationen zu analysieren. Es leistet dieses durch die Aneignung systematischen, strukturierten und intelligenten Wissens. Ziel ist es, sich selbstständig ein auf Sachkenntnis begründetes und reflektiertes Urteil zu bilden sowie Entscheidungen zu treffen und mögliche Handlungsräume zu eröffnen.

Unverzichtbar und konstitutiv für das Fach sind die drei folgenden Grundsätze:

- Überwältigungsverbot
- Kontroversitätsgebot
- Berücksichtigung der Interessenlagen der Schülerinnen und Schüler

Grundlegende Anforderungen im Fach Wirtschaft/Politik bestehen in der Aneignung von Demokratiekompetenz, die sich konkretisiert in:

- Sach- und Urteilskompetenz
- Methodenkompetenz
- Handlungskompetenz

Lernen im Fach Wirtschaft/Politik zielt demnach auf folgende Fähigkeiten und Fertigkeiten, die in den einzelnen Kompetenzen abgedeckt sind:

- bürgerschaftliche Aktivitäten und Ausübung demokratischer Lebensführung zu ermöglichen
- sich in politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Problemfeldern sachkundig zu machen und situations- und problembezogenes Deutungswissen zu erwerben
- problemorientiertes Analysieren struktureller Bedingungen, institutioneller Ordnungen und sozialen, politischen und ökonomischen Handelns zu ermöglichen
- konkurrierende Interessen zu erkennen und auf Regelungen und Lösungen hin zu untersuchen und zu bestimmen
- begründet gesellschaftliche, politische und ökonomische Problemlagen, politische Forderungen, Handlungschancen und -alternativen zu beurteilen, Folgen und Nebenfolgen abzuschätzen sowie die bei der Urteilsbildung angewandten Urteilskriterien abzuschätzen
- selbstständig und verantwortlich zu entscheiden und zu handeln
- die fachlichen und überfachlichen Methoden und Arbeitsweisen und die notwendigen fachbezogenen Arbeitsdispositionen anzuwenden

Das Fach Wirtschaft/Politik liefert einen wichtigen Beitrag zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zu vertiefter Allgemeinbildung und zur Studierfähigkeit.

Mit Beginn des Schuljahres 2004/05 wird in allen Jahrgängen der gymnasialen Oberstufe flächendeckend nach dem neuen Lehrplan für Wirtschaft/Politik unterrichtet. Damit ist es zum ersten Mal auch möglich, einen Leistungskurs in diesem Fach anzubieten, soweit die sächlichen und personellen Voraussetzungen an den Schulen vorhanden sind. Im Abitur 2005 werden nach diesen modernen Vorgaben die Prüfungen ablaufen.

Die inzwischen abgeschlossene Weiterbildung von Lehrkräften aus den Gymnasien für dieses Fach und die Zahl der aus der Universität mit Staatsexamen in Wirtschaft/Politik in das Referendariat und in die Schulen gewechselten Lehrkräfte waren dafür eine wichtige Voraussetzung.

Die Einheitlichen Prüfungsanforderungen im Abitur (EPA) sind für alle Bundesländer im Entstehen und werden noch 2004 durch die Kultusministerkonferenz vorgelegt. Ihre Standards

zeigen in Bezug auf fachliche Inhalte und zu erwerbende Kompetenzen, dass der Lehrplan für Wirtschaft/Politik in Schleswig-Holstein den neuesten fachwissenschaftlichen und pädagogischen Anforderungen entspricht.

### **3.3 Lehrplanreform und Umsetzung der Lehrpläne**

Wie bereits im Bericht zur politischen Bildung 1998 ausführlich dargelegt, sind zu Beginn des Schuljahres 1997/98 neue Lehrpläne für die Grundschule und die weiterführenden allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I in Kraft getreten. 2002 folgten dann die Lehrpläne für die Klassenstufen 11-13 der gymnasialen Oberstufe und der Lehrplan sonderpädagogische Förderung.

Die Revision der Lehrpläne für die allgemein bildenden Schulen, Sonderschulen und berufsbildenden Schulen (gymnasiale Oberstufe) sind nach einem gemeinsamen, schulartübergreifenden didaktischen Konzept gestaltet, das die Essentials des Lernens in allen Stufen und Schularten in vergleichbarer Weise ausweist und sichert. Ergänzend sind fünf Handreichungen erschienen, von denen drei sich direkt mit Fragestellungen der politischen Bildung befassen:

- Friedenserziehung (2000)
- Interkulturelles Lernen (1997)
- Gleichstellung (1994)

Die Lehrpläne greifen aktuelle Kernprobleme und damit auch zentrale Themen der politischen Bildung auf. Sie orientieren sich am Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die für die politische Bildung von grundlegender Bedeutung sind. Alle schleswig-holsteinischen Lehrpläne sind in einem Beteiligungsverfahren entwickelt worden, das einen Beitrag zur gelebten politischen Bildung darstellt. Ähnlich wie bei der Lehrplanrevision für die Grundschule und die Sekundarstufe I (Abschluss 1997) fand auch in den folgenden Projekten ein breiter Partizipationsprozess statt. In der gymnasialen Oberstufe beispielsweise lief die Lehrplanrevision über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das Projekt entwickelte sich von der Konzepterstellung über die Arbeit der Lehrplanfachkommissionen – immerhin mit insgesamt 250 beteiligten Lehrkräften – bis hin zu einer breit angelegten Anhörungsphase, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und die interessierte Öffentlichkeit Gelegenheit hatten, Stellung zu nehmen.

Die Lehrpläne der Sekundarstufe II haben das Konzept der Lernkompetenz aus der vorangegangenen Schulstufe aufgegriffen und verstärkt. Zum Erwerb von Lernkompetenz leistet jedes Fach seinen spezifischen Beitrag unter den Aspekten der Sach-, Methoden-, Selbst- und Sozialkompetenz. Diese Kompetenzen bedingen, durchdringen und ergänzen einander. Sie sind Aspekte einer als Ganzes zu vermittelnden Lernkompetenz. Die so verstandene Lernkompetenz ist auf Handeln gerichtet, d. h. sie schließt die Fähigkeit des Einzelnen ein, sich in gesellschaftlichen, beruflichen und privaten Handlungszusammenhängen verantwort-

lich zu verhalten. Mit der Vermittlung von Lernkompetenz will die Schule auch die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Weiterlernen schaffen und die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich ein Leben lang und in allen Lebenszusammenhängen lernend zu verhalten.

Die Europäisierung schulischer Bildung bei Wahrung der Subsidiarität und der Kulturhoheit hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Die Schulen in Schleswig-Holstein haben sich durch eine Reihe unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Projekte u. a. zu den Themen multikulturelle Erziehung, Menschenrechte, Umweltschutz, Kinderarbeit, Entwicklungsländer profiliert. Von besonderer regionaler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kontakte und Workshops mit den Ostseeanrainerstaaten.

Der Lehrplan sonderpädagogische Förderung, der für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allen Schularten, -formen und -stufen unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung gilt, hat eine Erweiterung der Leitthemen des Grundschul Lehrplanes erfahren. Diese sechs weiteren Leitthemen gelten ebenfalls für alle Schularten in allen integrativen Lernsituationen. Insbesondere wird für den Bereich der politischen Bildung auf das Leitthema 16 „Gesellschaftliches/öffentliches Leben kennen lernen, daran teilnehmen – es aktiv mitgestalten“ hingewiesen. Mit der Überarbeitung der sonderpädagogischen Lehrpläne wurde der Gedanke der Integration konsequent weitergeführt. Ziel war es, den Förderzentren ein Instrumentarium an die Hand zu geben, das es ihnen ermöglicht, sowohl den herkömmlichen Unterricht in der Sonderschule als auch die erweiterten Aufgaben wie Prävention und Integration zu erfüllen. Es sollten möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu einem Schulabschluss geführt und auf das Berufsleben vorbereitet werden.

### **3.4 Thematischer Schwerpunkt: Europa**

Die anderen thematischen Schwerpunkte, die im Bericht zur politischen Bildung 1998 an dieser Stelle gesondert aufgeführt wurden, sind in diesem Bericht in die einzelnen Kapitel als integraler Bestandteil der dort vorgestellten Arbeit bereits eingeflossen.

## **Europa**

### *Europaschulen*

Europaschulen vermitteln Bildung und Erziehung in europäischen Bezügen. Derzeit gibt es 25 Europaschulen in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat in den Bericht über den Bologna-Prozess (Drs. 15/3357) auch eine Beschreibung und Bestandsaufnahme der Europaschulen in Schleswig-Holstein mit aufgenommen. Teil des Berichts ist auch das neue Konzept für die Arbeit der Europaschulen, das die ursprünglichen Zielvorstellungen erheblich erweitert. Das Konzept bildet einen Rahmen und lässt viel Spielraum für die Bildung eines eigenen „Europa-Profiles“ für die jeweilige Schule. Beispiele für unterschiedliche Schwerpunkte sind:

- Schulpartnerschaften
- Teilnahme an Programmen der EU (z. B. Comenius)
- Lehrer-/Schüleraustausch
- interkulturelle Projekte
- Praktika an einer europäischen Partnerschule

#### *Deutsch-dänische Europaklasse*

Partner sind die Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll (Kreis Nordfriesland) und das Tønder Gymnasium. In der Europaklasse werden 28 deutsche und dänische Schülerinnen und Schüler des 11. Jahrgangs unterrichtet. Der dreijährige Bildungsgang schließt mit Prüfungen und einem doppelqualifizierenden Abschluss ab: dem dänischen studentereexamen und dem der allgemeinen deutschen Hochschulreife entsprechenden direkten Hochschulzugang zu allen Hochschulen der Bundesrepublik. Die Kultusministerkonferenz hatte dem Unterrichtskonzept und damit der gegenseitigen Anerkennung in allen Bundesländern zugestimmt. Die Klasse beginnt als ein Unterrichtsversuch und soll nach einem Durchgang evaluiert werden.

#### *Europäischer Wettbewerb*

Jährlich findet an Schulen der Europäische Wettbewerb statt. Die Beteiligung und das Engagement nehmen stetig zu. Im Jahre 2004 haben sich fast 5.000 Schülerinnen und Schüler aus 60 Schulen in Schleswig-Holstein beteiligt.

#### *Juniorwahl*

Parallel zur Europawahl fand 2004 bundesweit an Schulen die Juniorwahl, eine Übungswahl zum Europäischen Parlament statt. In Schleswig-Holstein haben sich knapp 800 Schülerinnen und Schüler an zehn Schulen beteiligt. Sie befassten sich durchschnittlich in acht Unterrichtsstunden mit dem Thema. Die Juniorwahl ist damit ein sehr erfolgreiches Projekt zur politischen Bildung.

#### *Europäer gehen in die Schule*

Im Rahmen der Europawoche gehen Mitglieder des Europaausschusses, des Europäischen Parlaments sowie weitere Europaexperten in die Schulen und diskutieren in über 25 Einzelveranstaltungen mit schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schülern unterschiedliche europäische Themen.

### **3.5 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein**

Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH, vor 2003 IPTS) hat im Berichtszeitraum zahlreiche und vielfältige Fortbildungsveranstaltungen zur politischen Bildung in den verschiedenen Schularten durchgeführt. Hierzu zählen insbesondere Veranstaltungen zum Fach Wirtschaft/Politik, aber auch Maßnahmen in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und Fachbereichen wie zum Beispiel Geschichte, Erdkunde, Umwelterziehung, Gewaltprävention, Medienerziehung usw. Ein wesentliches Ziel dabei ist, Lehrkräf-

ten Methoden des handlungsorientierten Unterrichts zu vermitteln, um Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, eigenständig politische Sachverhalte zu reflektieren, zu verstehen und entsprechend verantwortungsbewusst zu handeln.

#### *Wirtschaft/Politik*

Veranstaltungen, die unmittelbar Grundfragen und Probleme des Unterrichtsalltags ansprechen, werden nach wie vor gut angenommen. Im Vordergrund stehen

- die Auseinandersetzung mit dem neuen Oberstufen-Lehrplan
- neue Lern- und Arbeitsmethoden
- Begegnungen vor Ort mit Expertengesprächen
- aktuelle Probleme (z. B. Probleme im Nahen Osten, Ost-Erweiterung der EU)
- Betriebspraktika für Lehrkräfte
- Fragen der Berufsorientierung

Seit 2001 finden in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Tannenfelde und der Arbeitsgemeinschaft Bildung und Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern jährlich Landesfachtage in Tannenfelde statt, die immer gut besucht und inzwischen zu einer Tradition geworden sind.

Die Kooperation mit außerschulischen Partnern ist wichtiger geworden und sichert den notwendigen Praxisbezug in der Lehrerfortbildung. Zu den Kooperationspartnern zählen neben dem Bildungszentrum Tannenfelde beispielsweise der Landtag, die Arbeitskreise Schule/Wirtschaft in Schleswig-Holstein, verschiedene Betriebe, die Bundeswehr, der Verein der Europaschulen in Schleswig-Holstein e. V., die Europäische Akademie Schleswig-Holstein Sankelmark oder die Deutsche Atlantische Gesellschaft.

Im Sommer 2004 sind Vereinbarungen mit der Deutschen Bundesbank (Hauptverwaltung Hamburg) getroffen worden, gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen – im Herbst 2004 werden bereits die ersten beiden Veranstaltungen stattfinden.

#### *Gesellschaftswissenschaftliche Fächer*

Neben der Beteiligung an internationalen Projekten, insbesondere EU-Projekten, und in Netzwerken wie z. B. UNESCO-Schulen setzen sich die Fortbildungsveranstaltungen des IQSH vor allem in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern mit der politischen Bildung auseinander. Exemplarisch seien aus 2003/2004 genannt:

- Täter des Holocaust
- Migrationsbewegungen im 21. Jahrhundert
- Friedenserziehung in der Schule
- Lehrerhandreichung zum Thema „Europa“
- Geografische Informationssysteme im Erdkundeunterricht
- Projektorientiertes Arbeiten zum Thema „Bundesländer“
- Strukturprobleme der Weimarer Republik

Weiterhin finden mit Unterstützung des IQSH zahlreiche Lehreraustausch-Maßnahmen bzw. gegenseitige Besuche statt (z. B. Kooperation mit Pays de la Loire und mit Estland).

### *Umweltbildung*

Im Mittelpunkt dieses Bereichs stehen Veranstaltungen mit Anregungen und Hilfen für Lehrkräfte, wie sie Schülerinnen und Schüler für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Entwicklung ihrer Lebenswelt sensibilisieren können. Eine Reihe von Angeboten aus dem BLK-Modellversuchsprogramm „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ unterstützen diese Maßnahmen.

### *Gewaltprävention*

Das IQSH hat die Arbeit gegen Fremdenhass, Gewalt und Rechtsextremismus weiterhin als einen Schwerpunkt der zentralen, regionalen und schulinternen Fortbildung fortgeführt. Zu diesem Zweck wurden dem IQSH – wie in den vergangenen Jahren – zweckgebundene Mittel für Sondermaßnahmen im Bereich „Gewaltprävention an Schulen“ zur Verfügung gestellt.

Durch eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen wird versucht, auf unterschiedliche Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt einzugehen und Bedingungen für sowie den Wunsch nach einem friedlichen Miteinander zu schaffen. Exemplarisch seien folgende Projekte genannt:

- Projekt „Prävention im Team (PIT)“, ein Projekt für kriminalpräventiven Unterricht für die Grundschule und die Sekundarstufe I in Kooperation mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung und der Landespolizei
- Ausbildung von Schülerinnen und Schüler als Streitschlichter (Konfliktlotsen)
- Das Projekt „Schulen ohne Rassismus/ Aktion Courage“ wird durch das IQSH intensiv unterstützt, z. B. durch schulinterne Lehrerfortbildung.

### *Medienkompetenz*

Ein aktueller Schwerpunkt in der Medienpädagogik sind Online-Fortbildungen sowie Kurse mit außerschulischen Kooperationspartnern, z. B. den „Offenen Kanälen“ und dem Nordkolleg Rendsburg. Die Veranstaltungen vermitteln Lehrkräften aller Schularten neue didaktisch-methodische Möglichkeiten, es werden Grundkonzepte der aktiven Medienarbeit behandelt, und sie leiten zu kreativem Umgang jenseits der passiven Medienrezeption an.

Auf dem Landesbildungsserver ([www.lernnetz-sh.de](http://www.lernnetz-sh.de)) wurden zu folgenden Themen Präsenzen und Informationen eingerichtet:

- Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Kurze politische Landeskunde Schleswig-Holsteins
- Gewaltprävention
- Linkliste zur politischen Bildung
- Gegen Rechts

Der Landesbildungsserver beherbergt und betreut die Web-Präsenz der Landeszentrale für politische Bildung (<http://politische-bildung.lernnetz.de>, siehe auch Kapitel 7).

#### **4. Außerschulische politische Bildung**

##### **4.1 Landtag**

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag finden seit Jahren folgende Veranstaltungen regelmäßig statt: Jugend im Landtag, Altenparlament, Landtagsforen, Ausstellungen und die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust. Vielfach können Kenntnisse über parlamentarische Verfahren und Abläufe praktisch erlebbar und erfahrbar gemacht werden. Ein herausragendes Ereignis war zweifellos der parlamentsgeschichtlich bislang einmalige Föderalismuskonvent im März 2003 in Lübeck.

Regelmäßig nutzen jährlich im Schnitt rund 10.000 Besucherinnen und Besucher (davon ca. 4.000 Schülerinnen und Schüler und ca. 700 ausländische Gäste) die Gelegenheit, sich vor Ort über die Arbeit des Parlamentes zu informieren. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ wurde 1999 von über 69.000 Menschen im Landtag besucht.

Einen täglichen bzw. wöchentlichen Beitrag leisten die Tages- und Wochenpressespiegel, die z. T. in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei erstellt werden. Eine Hervorhebung verdienen auch die Landtagszeitung und „plenum online“. Ferner unterstützt beispielsweise der Europaausschuss die minderheitenpolitischen Interessen der deutschen und der dänischen Minderheit, der Friesen sowie der Sinti und Roma auf europäischer Ebene (Verankerung des Minderheitenschutzes in der Europäischen Verfassung, Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und Sprachencharta des Europarats, Einbezug von Minderheitensprachen in die neue Generation der EU-Bildungsprogramme ab 2007).

##### **4.2 Minderheiten und Grenzverbände**

Die Minderheitenpolitik genießt in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Die Minderheiten in Schleswig-Holstein mit ihren unterschiedlichen Identitäten und ausgeprägten kulturellen Ausdrucksformen tragen zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins bei. Die Sicherung dieser Vielfalt, aber auch das Bemühen des Landes, die Gleichstellung der Lebensverhältnisse von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung zu gewährleisten, ist ein Schwerpunkt des Regierungshandelns in Schleswig-Holstein. Schutz und Förderung gelten allen Minderheiten – nationalen Minderheiten und Volksgruppen –, die in Schleswig-Holstein beheimatet sind. Die Landesregierung steht in ständigem Dialog mit der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma, schützt und fördert sie und legt regelmäßig – z.B. im Minderheitenbericht (für 2002: Drs. 15/2210) – über ihre Situation Rechenschaft ab.

Die vier in Schleswig-Holstein wirkenden Grenzverbände – Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, Deutscher Grenzverein (siehe auch Seite 39 f.), Grenzfriedensbund und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund – tragen durch ihre Aktivitäten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zur politischen Bildung im Lande bei; sei es durch die Herausgabe entsprechender Publikationen wie z. B. der „Grenzfriedenshefte“ des Grenzfriedensbundes, durch die Durchführung von Seminaren und Tagungen zu landeskundlichen, landesgeschichtlichen und politischen Themen, durch Exkursionen in das benachbarte Ausland und Gegenbesuche oder durch Veranstaltungen zu tagespolitischen Themen.

#### **4.3 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Nur dann, wenn Kinder und Jugendliche sich aktiv an der Gestaltung ihrer Umwelt beteiligen können, erfahren sie sich als Teil der sozialen und politischen Gemeinschaft. Beteiligung ist demnach der beste Weg, um Kindern und Jugendlichen Wissen über politisches Handeln zu vermitteln.

Der Landesfonds „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ wurde 1989 als Gemeinschaftsaktion des Landes und des Deutschen Kinderhilfswerks e. V. gegründet. Die Gemeinschaftsaktion soll zur Verbesserung der Alltagssituation von Kindern beitragen, auf günstige Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen für Kinder sowie auf eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in Schleswig-Holstein hinwirken. Dazu werden u.a. beispielhafte Projekte und Maßnahmen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf lokaler Ebene gefördert.

Bereits 1993 wurde von der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ die „Demokratiekampagne“ initiiert. Ziel ist es, das Demokratieverständnis von Kindern und Jugendlichen sowie deren Fähigkeit zu Mitwirkung und Mitsprache zu stärken. Im Rahmen der Kampagne wurden seitdem mehr als 350 Projekte erfolgreich durchgeführt. So z. B. im Frühjahr 2004 das Wochenendseminar: „Wer entscheidet was für uns gut ist?“ zu den politischen Entscheidungsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe des Vereins „Deutsche Jugend in Europa“.

Seit 1997 wurden für die pädagogische Begleitung der Partizipationsprozesse 64 Moderatorinnen und Moderatoren für Alltagsdemokratie, Kinderfreundlichkeit und kinderfreundliches Planen ausgebildet. Sie unterstützen Kommunen, Schulen und Träger der Jugendhilfe dabei, Wege und Methoden für eine wirkungsvolle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu finden und begleiten den Partizipationsprozess vor Ort. Im Rahmen der Aufgaben der seit 2003 beim MJF bestehenden Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne werden die Moderatorinnen und Moderatoren kontinuierlich fortgebildet. Weitere Aufgabengebiete der Informations- und Servicestelle sind die Beratung von Kommunen, Vermittlung von Moderatorinnen und Moderatoren sowie Öffentlichkeitsarbeit und Bereitstellung von Informationsmaterial.

Darüber hinaus hat die Landesregierung die rechtliche Normierung für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihren Kommunen mit der Änderung der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung (GO) neu gefasst. In § 47 f. GO ist seit dem 1. April 2003 die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungen und Entscheidungen zwingend vorgeschrieben. Aus der vorher geltenden sogenannten „Soll-Bestimmung“ ist eine „Muss-Bestimmung“ geworden. So heißt es nun in § 47 f. der GO: „(1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen“. Dies ist z. B. bei der Stadtplanung, bei der Gestaltung des Wohnumfeldes und der Verkehrswege der Fall.

#### **4.3.1 Politische Partizipation**

Der Förderung der politischen Partizipation, insbesondere auf kommunaler Ebene, dienen nachfolgende, beispielhaft aufgeführte Maßnahmen:

##### *Förderung der gremienorientierten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Gremien spielt für die Artikulation ihrer Interessen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Kinder und Jugendliche haben hier vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren. Die Mitarbeit in Schülervvertretungen, Jugendverbänden, Kinder- und Jugendparlamenten oder Jugendringen bietet Gelegenheit, Meinungen in die demokratischen Aushandlungsprozesse einzubringen und sich in der demokratischen Auseinandersetzung zu erproben. Neben der Ausweitung von Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche in Gremien stellt die Landesregierung deshalb die sinnvolle inhaltliche Ausgestaltung der Gremienarbeit in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten, um Jugendliche für eine kontinuierliche Mitarbeit zu begeistern. Als beispielhaft gilt hier insbesondere das Qualifizierungsprogramm „Fit für Mitbestimmung“ der Hauptschule Schafflund. Hier werden Schülerinnen und Schüler, die in den Klassen 6-8 Klassensprecherin oder Klassensprecher sind, in einem externen Workshop unter fachkundiger Anleitung auf ihre Aufgabe als Schülervvertreterin oder -vertreter vorbereitet. Themen des Seminars sind u. a.: Meine Rechte in der Schule, Mitbestimmung, Rolle als Schülervvertreter.

##### *Regionalkonferenzen zu § 47 f. Gemeindeordnung Schleswig-Holstein*

In Kooperation mit der Akademie für die ländlichen Räume wurden von September 2003 bis Juni 2004 drei Regionalkonferenzen zur Neufassung und Umsetzung des § 47 f. Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in Heide, Bad Segeberg und Süderbrarup durchgeführt. Die Veranstaltungen richteten sich an hauptamtliche und ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und -träger sowie die Verwaltung in den Kommunen. Unter dem Gesichtspunkt der Gesetzesbindung der Verwaltung ist es die Aufgabe aller Behörden, aber auch der politischen Gremien, die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in ihrem Zuständigkeitsbereich zu verwirklichen bzw. zu fördern. Die Bedingungen hierfür zu verbessern, Methoden und Wege für die Beteiligung aufzuzeigen, ist Ziel der Regionalkonferenzen.

*„Meine Gemeinde – ich mach mit!“*

Geschrieben von Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Landesverbände in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der LSV der Gymnasien und Gesamtschulen erschien Ende 2000 mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren die Broschüre "Meine Gemeinde – ich mach mit!". Diese Broschüre wird überwiegend von Schulen – aller Schularten – im Politikunterricht eingesetzt und ist gut geeignet, das Thema „Demokratie im Nahraum Kommune“ (Nahraumdemokratie) zu bearbeiten. Sie soll dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen in verständlicher Form die Aufgaben und Institutionen der Gemeinde näher zu bringen sowie Möglichkeiten der Beteiligung im unmittelbaren Lebensbereich aufzuzeigen. Eine Neuauflage ist geplant.

**4.3.2 Pädagogische Partizipation**

Um die Partizipation in pädagogischen Einrichtungen zu verbessern und das pädagogische Personal für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu qualifizieren, wurden u. a folgende Projekte durchgeführt:

*Modellprojekt „Kinderstube der Demokratie“ – Beteiligungsprojekte in Kindertagesstätten*

Im Rahmen dieses Modellprojektes (2002/2003) wurden in sieben Kindertagesstätten des Landes Beteiligungsprojekte zu unterschiedlichen Themen gestaltet. Vorrangiges Ziel der Projekte war es, Fortbildungsmodule zu entwickeln, die es Erzieherinnen und Erziehern ermöglichen, auch kleine Kinder in Kindertagesstätten an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dafür wurden spezielle altersgerechte Methoden und Konzepte entwickelt und erprobt. Das Projekt soll fortgesetzt werden.

*Modellprojekt „Richtig leben“*

Dieses Projekt wurde in 17 Kindertageseinrichtungen (KiTas) der Nordelbischen ev. Luth. Kirche mit Unterstützung des Landes durchgeführt. Der Schwerpunkt des Projektes lag in der Einführung eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses in den beteiligten KiTas, das von konkreten Projekten wie z. B. „Umgang mit Wasser“, „Kooperationspartner mit Partnern in der Region“ und „Kleidung hier und in Ländern des Südens“ ausging. Auch hier war ein wesentlicher Aspekt die Schulung der Erzieherinnen und Erzieher und die Einbeziehung der Kinder in wesentliche Entscheidungsprozesse. Die Kinder konnten in diesen Projekten erfahren, dass ihr eigenes Handeln sehr wohl auch Auswirkungen auf andere hat und sie selbst Prozesse mit gestalten können.

*Modellprojekt „Fortbildungsseminare für Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BfnE) für Lehrkräfte von Fachschulen für Sozialpädagogik und für Fachberaterinnen und Fachberater von Trägern von KiTas*

Das MUNL hatte die Erstellung eines BfnE-Seminarkonzeptes unter anderem für die o. g. Zielgruppe in Auftrag gegeben. Dieses Seminarkonzept wurde mit über 30 Personen in zwei Seminaren umgesetzt, in denen es auch um Inhalte der nachhaltigen Entwicklung ging, um

die Bedeutung der Partizipation in den Bildungsinstitutionen, also auch in den KiTas, und um die Bedeutung, mit Partnern außerhalb dieser Bildungsinstitutionen zusammenzuarbeiten. Ziel war dabei zu erfahren, wie stark Inhalte und Methoden zusammenhängen, wie wichtig es ist, die Verknüpfungen zu sehen und selbst Arbeiten in den KiTas als Beitrag für die Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen zu sehen.

#### *„Lebensraum Schulhof“*

Das in Kooperation u. a. zwischen dem MJF, dem MSGV, dem MUNL und dem MBWFK durchgeführte Modellprojekt „Lebensraum Schulhof“ (2003-2005) leistet einen Beitrag dazu, die Lern- und Lebensqualität in den beteiligten Schulen zu verbessern und die Identifikation der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und Eltern mit dem Lernort Schule zu fördern. Dies soll im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung geschehen, bei der die Gestaltungskompetenz und Partizipation aller Beteiligten eine herausragende Rolle einnimmt. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung werden exemplarisch fünf Schulhöfe im Kreis Segeberg, u. a. an den Schulen in Kisdorf, Sülfeld und Rickling, in naturnahe Spielflächen und ökologische Lernorte verwandelt.

Dazu wurden in einem ersten Schritt den Lehrkräften in einer „Zukunftswerkstatt“ Methoden der Beteiligung, insbesondere die „Zukunftswerkstatt“, vermittelt. Durch „learning by doing“ haben die Lehrerinnen und Lehrer ihre Vorstellungen und Ideen für den zukünftigen Schulhof ermittelt und festgehalten. Alle geschulten Lehrkräfte führten dann mit ihren Schülerinnen und Schülern ebenfalls „Zukunftswerkstätten“ durch. Aus den Ergebnissen entwickelte ein Team aus einem Landschaftsgärtner und einem Architekten realisierbare Entwürfe für einen neuen Schulhof.

Unter Einbeziehung weiterer Beteiligter, wie der Gemeinde, des Schulamts u. a., wurde der Entwurf abgestimmt und nach kostengünstigen Umsetzungsmöglichkeiten gesucht. Die Realisierung im Frühjahr 2004 geschah unter der gemeinsamen Beteiligung aller Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und Eltern überwiegend in Eigenleistung unter Hinzuziehung örtlicher Handwerksbetriebe. In einer großen öffentlichen Aktion sind die neuen Schulhöfe eingeweiht worden. Entstanden sind entsiegelte, grüne Gelände, auf denen Bewegungsspiele, Tobeflächen und Rückzugsecken zu Bewegung und Entspannung einladen. Mit Teichen und Gärten wurden auch ökologische Aspekte verwirklicht.

#### **4.4 Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt**

Eine aktuelle Studie des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung zeigt, dass Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland leicht zugenommen haben. Die Landesregierung hält es daher nach wie vor für notwendig, Jugendliche und junge Erwachsene präventiv und gezielt darin zu unterstützen, sich für Toleranz und Demokratie einzusetzen und sie mit geeigneten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stark zu machen.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sind von der Bundesregierung die Programme „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ und „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ ins Leben gerufen und mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgestattet worden.

Die Landesregierung unterstützt die schleswig-holsteinischen Projekte, die im Rahmen dieser Programme entstanden sind. Es werden bzw. wurden sechs Xenos-Projekte und 13 entimon-Projekte in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Als Beispiele für Xenos-Projekte in Schleswig-Holstein seien hier genannt:

- Die AG Arbeit und Leben in Schleswig-Holstein e. V. aus Neumünster hat ein weitreichendes Netz von Kooperationspartnern in der Stadt Neumünster mit dem Ziel geschaffen, die berufliche und die politisch-kulturelle Bildung von (gefährdeten) Jugendlichen zu verknüpfen. Dies geschieht durch die Entwicklung und Umsetzung von Schulungskonzepten für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrkräften u. a.) ebenso wie durch konkrete Vorhaben, etwa die Ausstiegsberatung, die Entwicklung einer Elternbroschüre zum Thema Rechtsextremismus und den Umbau eines Jugendtreffs. Das Projekt endet am 31. Dezember 2004.
- Die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein in Lübeck – Fachbereich Jugendaufbauwerk (JAW) Job B – bietet ein entsprechendes Projekt im JAW Ahrensburg an. Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen haben, können hier einen Grundausbildungslehrgang „Gestaltungslehre/Neue Medien“ absolvieren. Die fachliche Wissensvermittlung wird dabei verknüpft mit den Inhalten von Xenos (Toleranz, gesellschaftliche Vielfalt, (Anti-) Diskriminierung, Migration, Europa). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben u. a. eine Ausstellung zu den Themen erarbeitet. Diese wird landesweit präsentiert (u. a. im Landtag). Das Projekt endete am 31 August 2004.
- Das Christliche Jugendwerk e. V. in Eutin hat ein Angebot entwickelt, das sich insbesondere an Jugendliche mit Migrationshintergrund wendet. Inhalte der Maßnahme sind u. a. Persönlichkeitstraining, interkulturelles Training, Konfliktmediation. Das Projekt endet zum 31. Dezember 2004.

Die drei genannten Projekte erhalten vom MJF eine Kofinanzierung für die jeweils dreijährige Laufzeit.

#### *Gemeinsame Auswertungsveranstaltung von MJF und den Projektträgern*

Aufgrund des Projektcharakters der Xenos-Maßnahmen ist es im Sinne der Nachhaltigkeit sinnvoll, die Erkenntnisse und Erfahrungen der Projektträger weiteren relevanten Trägern und Institutionen, z. B. der Arbeitsverwaltung, den Jugendaufbauwerken, den Handwerks-

kammern, der Industrie- und Handelskammer und den Berufsschulen zur Verfügung zu stellen.

Die Ergebnisse der Projekte, wie z. B. Trainingskonzepte und Ausbildungsbausteine, werden daher am 21. Oktober 2004 auf einer landesweiten Veranstaltung in Rendsburg einer interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt.

Das vom Landessportverband Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Sportjugend und dem Innenministerium getragene Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“, das im Bericht zur politischen Bildung 1998 bereits ausführlich vorgestellt wurde, bietet weiterhin einen präventiven Ansatz zur Gewaltbekämpfung. In ganz Schleswig-Holstein werden über 30 Projekthelferinnen und -helfer mit konkreten Maßnahmen vor Ort tätig. In 80 Gruppen nutzen über 2.000 Jungen und Mädchen Woche für Woche die Angebote. Beliebteste Sportarten sind die großen Ballspiele Fußball und Basketball, die asiatischen Verteidigungssportarten wie Judo, Taekwondo, Jiu-Jitsu und verschiedene sportartübergreifende Angebote, in denen die Kinder und Jugendlichen selbst die Inhalte bestimmen.

Darüber hinaus finden jährlich mehr als 100 Sonderveranstaltungen statt, die Gelegenheit zu multikulturellen Begegnungen bieten. So ermöglicht etwa die Aktion „Mitternachts-Basketball“ um den Sport herum friedliche Begegnungen junger Menschen der verschiedensten Kulturkreise. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund liegt bei ca. 40 Prozent.

Das Projekt wird seit seinem Beginn im Jahre 1994 in erheblichem Umfang mit Landesmitteln gefördert. Im Doppelhaushalt 2004/2005 stehen jeweils 230.000 EUR zur Verfügung; ergänzt wird die Förderung durch die WOBAU Wohnungsverwaltung.

### **Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten**

Sowohl dem Ziel der verbesserten Aufarbeitung der Zeitgeschichte als auch dem der stärkeren Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements diene die Gründung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten im Jahre 2002. Mit ihr soll die Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit der bestehenden oder in Gründung befindlichen Gedenkstätten an die NS-Gewaltherrschaft gesichert und ausgebaut werden. Insofern leistet sie einen Beitrag zum Demokratieverständnis und zur politischen Bildung. Kirchen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Landesbank und Landesregierung, aber auch Privatpersonen unterstützen diese Stiftung, teils als Erststifter, teils als Zustifter oder durch Spenden. Hier erweist sich das bürgerschaftliche Engagement tatsächlich als Nährboden für eine gelebte, praktizierte Demokratie.

### **Extremismus**

Die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten liegt bei rund 1.400 und hat sich – laut Verfassungsschutzbericht 2003 (Drs. 15/3354) – gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Der Bedeutungsverlust der rechtsextremistischen Parteien hat sich weiter fortge-

setzt. Die Lage ist gekennzeichnet durch ausbleibende Wahlerfolge, sinkende Mitgliederzahlen sowie durch innerparteiliche Streitigkeiten. Erneut leicht angestiegen ist dagegen die Zahl der nicht organisierten, aktionistischen und zumindest latent gewaltbereiten Anhänger neonationalsozialistischer und rechtsextremistisch-subkultureller Gruppierungen. Gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ in Neumünster demonstrierten aus der rechten Szene rund 500 Menschen. Auch die Zahl der Verlage und Vertriebe, die auch oder ausschließlich einschlägige Publikationen anbieten, hat sich in Schleswig-Holstein erhöht.

Beim Landesrat für Kriminalitätsverhütung im Innenministerium befasst sich eine Arbeitsgruppe mit einem Aussteigerprogramm für Mitglieder rechtsextremer Vereinigungen.

Darüber hinaus führt das MJF regelmäßig interdisziplinäre Veranstaltungen durch, die sich an Fachkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Verwaltung und Politik wenden.

2002 war der justizielle Bereich Schwerpunkt einer Fortbildung dem Titel „Den Einstieg verhindern – zum Ausstieg ermutigen – mit einem Netzwerk der Professionen“. Auf der Folgeveranstaltung im September 2003 stand in Ergänzung zum Schwerpunkt des Vorjahres die sozialpädagogische Praxis in den Kommunen und bei den freien Trägern im Vordergrund. Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Praktikerinnen und Praktiker vom Verfassungsschutz, von Polizei und aus der Sozialarbeit vermittelten Grundlagenwissen und Handlungskonzepte der Aussteigerproblematik. Über beide Veranstaltungen wurden Dokumentationen erstellt und veröffentlicht.

Eine weitere Fachveranstaltung wird Anfang November 2004 unter dem Titel „Rechtsextremismus und Antisemitismus – Allianz der Gewalt“ durchgeführt. Ziel ist es, menschenverachtende Ideologien und ihre Auswirkungen sichtbar zu machen sowie Strategien zu ihrer Bekämpfung zu erörtern.

Der dogmatisch geprägte Linksextremismus hat seine Anhängerzahl gehalten, aber weiter an Einfluss im linksextremistischen Spektrum verloren. Die grundsätzlich gewaltbereite autonome Szene agiert weitgehend selbständig. Für sie ist Gewalt legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung, über deren Einsatz „autonom“ je nach Anlass und Lage entschieden wird. Insgesamt gehören in Schleswig-Holstein rund 840 Personen linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen an.

Die Entwicklung der Mitglieder- und Anhängerzahlen extremistischer Ausländerorganisationen ist in Schleswig-Holstein leicht rückläufig, die aktuell Zahl liegt bei ca. 1.870 Personen. Dieser generelle Rückgang dürfte auch in Zusammenhang mit einer erfolgreichen politischen Bildungsarbeit zu sehen sein.

#### **4.5 Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen**

Die Landesregierung hat im Berichtszeitraum den Ausbau von Bildungsangeboten gefördert, die auf einen Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zielen. Es ist gelungen, die Befassung mit Diskriminierungsphänomenen und insbesondere mit der Situation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen als Thema politischer Bildung zu verankern. Zu nennen sind insbesondere

- Möglichkeiten zur Freistellung bei Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen, z. B. für Polizeibedienstete,
- Veranstaltungsreihen und Medien zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen, die Volkshochschulen, freie Bildungsträger und die öffentlichen Bibliotheken in Kooperation mit der Landesregierung realisiert haben
- Qualifizierungsmaßnahmen für pädagogisches Fachpersonal sowie
- eine wissenschaftliche Bearbeitung des Themas in Hochschule und Forschung

Zielgruppen waren somit Entscheidungsträgerinnen und -träger, mit Kindern und Jugendlichen arbeitende pädagogische Fachkräfte und Jugendliche selbst.

Da politische Bildung in der Breite umgesetzt werden muss, viele in der Bildung tätige Fachkräfte sich jedoch nicht hinreichend qualifiziert fühlen, das Thema Diskriminierung angemessen zu bearbeiten, ist es Ziel der Landesregierung, pädagogisches Fachpersonal in Einrichtungen, bei Trägern der Jugendhilfe und in der Schule entsprechend aus- und fortzubilden.

Um bereits in der Ausbildung die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, hat das Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in Kooperation mit dem MJF ein sozialpädagogisches Kompetenz-Training entwickelt. Die Teilnehmenden werden durch ein eigen entwickeltes Training im Umgang mit Vielfalt geschult. Darüber hinaus werden sie für Diskriminierungsphänomene sensibilisiert und darauf vorbereitet, im Rahmen ihrer künftigen Bildungsarbeit selbst aktiv gezielte Impulse zum Abbau von Diskriminierungen zu geben. Das Angebot wird seit Sommer 2002 in jedem Semester von mehr als einhundert Studierenden wahrgenommen.

#### **4.6 Mädchenarbeit als politische Bildung**

Angebote der Mädchenarbeit haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die Kompetenzen von Mädchen für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe zu entwickeln und zu stärken. Trotzdem ist der Anteil von Mädchen, die sich aktiv in Verbänden, Vereinen oder Parteien auf Entscheidungsebenen engagieren, im Vergleich zu dem Anteil, den Mädchen an den Mitgliedszahlen ausmachen, nicht angemessen hoch.

Deshalb ist es weiterhin eine vordringliche Aufgabe der Jugendhilfe – insbesondere im Bereich der politischen Bildung – den Anteil der sich aktiv in Gremien u. ä. engagierenden Mädchen zu erhöhen.

Dies geschieht auch durch die Arbeit in den vier vom Land geförderten Mädchenzentren in Husum, Ostfeld, Preetz und Schleswig. Sie sind Orte gelebter Partizipation. Mädchen werden ermutigt und dabei unterstützt, die Angebote des Treffs aktiv mitzubestimmen. Sie sind an der Umsetzung und Organisation beteiligt, arbeiten im Vorstand mit, leiten Gruppen und vertreten das Mädchenzentrum in der Öffentlichkeit. Diese Erfahrungen ermutigen die Besucherinnen, sich aktiv in die Gestaltung ihres Sozialraums einzumischen und befähigen sie zur eigenen Interessenvertretung.

Daneben werden vom MJF jährlich etwa 20 Vorhaben gefördert, in denen es ausschließlich um die Stärkung der persönlichen Kompetenzen (Rhetorik, Selbstbehauptung u. a. m.) von Mädchen und jungen Frauen geht.

Der Landesjugendring hat es sich zur Aufgabe für die Mitgliedsverbände gemacht, geschlechtsspezifische Angebote zu entwickeln. Dafür wurde die Stelle einer Referentin für Mädchenarbeit geschaffen, die vom MJF gefördert wird. Die Referentin

- führt geschlechtsspezifische Jugendleiterschulungen (JULEICA) durch (in 2003 hat erstmals eine Jugendleiterinnenschulung für Mädchen mit Behinderungen stattgefunden),
- bietet geschlechtsspezifische Seminare und Vorträge an und
- leistet Unterstützungsarbeit für Mädchen und junge Frauen in den Gremien.

Für 2004 ist die Durchführung eines Mentoring-Projektes für junge Frauen in den Jugendverbänden geplant.

#### **4.7 Internationale Jugendarbeit**

Internationale Jugendarbeit hat nicht nur das Ziel, individuelle Lernerfahrungen und individuell verwertbare internationale Kompetenzen zu vermitteln. Sie hat auch eine weiterreichende jugendpolitische Dimension, indem sie fachlichen Austausch und transnationale Zusammenarbeit ermöglicht und damit zur Fortentwicklung der Jugendarbeit und Jugendhilfe in den beteiligten Ländern beiträgt.

Nicht zuletzt ist internationale Jugendarbeit stets eingebunden in den Zusammenhang auswärtiger Beziehungen und die damit verfolgten gesamtpolitischen Zielsetzungen.

Aus Landes-, Bundes-, EU-Mitteln (EU-Aktionsprogramm „Jugend“) und den Fondsmitteln des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden Begegnungsmaßnahmen junger Menschen, internationale Maßnahmen mit Fachkräften der Ju-

gendhilfe und Sondermaßnahmen der internationalen Jugendarbeit im In- und Ausland gefördert.

Wichtige Partner für Schleswig-Holstein sind aufgrund seiner geographischen Lage die skandinavischen Länder und die Ostseeanrainerstaaten. Die Chancen einer künftigen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Ostseeraumes sind eng verbunden mit der Intensivierung von Begegnungen junger Menschen dieser Region. Maßnahmen mit den Ostseeanrainern werden deshalb vom Land bevorzugt gefördert.

Um die Begegnung zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Ostseeanrainerländern zu stärken, unterstützt die Landesregierung die Aktivitäten des Ostseejugendbüros. Die beim Landesjugendring angegliederte Informations- und Kontaktstelle hat das Ziel, die jugendpolitische Zusammenarbeit zu stärken und den Jugendaustausch in der Ostseeregion zu initiieren und zu festigen.

Seit 1989 organisiert das Ostsee-Jugendbüro mit jeweils einem weiteren schleswig-holsteinischen Träger der Jugendarbeit jährlich die Ostsee-Jugendkonferenz. Hier treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe aus der Ostseeregion zu Austausch und Diskussion. Die Konferenzen befassen sich mit aktuellen Themen aus der Jugendarbeit: Beteiligung und Demokratie, Geschlechterfragen in der Jugendarbeit der Ostseeregion, gefährdete Kinder und Jugendliche in der Ostseeregion. Die Veranstaltung findet landesweit ein sehr positives Echo.

Ebenfalls beim Landesjugendring angegliedert ist das 1999 vom Bund und den Anrainerstaaten Finnland, Schweden, Norwegen, Estland und Litauen eingerichtete, eineinhalb Stellen umfassende Ostsee-Jugendsekretariat. Es dient als Zentrum für die Informationssammlung und Aufbereitung und nimmt Koordinationsaufgaben zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Jugendstrukturen sowie für Jugendprojekte in der Ostseeregion wahr. Die Informations-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit hat sich bewährt und wird allseits anerkannt. Entstanden ist das Ostsee-Jugendsekretariat aus den bilateralen jugendpolitischen Beziehungen Deutschlands im Ostseeraum, basierend auf Regierungs- oder Ressortabkommen, und der mit Finnland und Schweden entwickelten Idee, die Zusammenarbeit in der Region zu vernetzen. Auf der ersten Ostseejugendministerkonferenz 1998 in Visby/Schweden wurde diese Anregung aufgegriffen.

#### **4.8 Medienkompetenz in der Jugendhilfe**

Das Internet dient Kindern und Jugendlichen zunehmend als Wissensquelle. Es wird daher auch gerne von unseriösen Anbietern (z. B. rechtsextremen Gruppierungen) genutzt, um auf sich aufmerksam zu machen und für sich zu werben.

Aufgabe des Kinder- und Jugendschutzes ist es einerseits, Kinder und Jugendliche vor den Gefahren des Internets, wie z. B. gewaltverherrlichenden und/oder rechtsextremen Inhalten, zu schützen. Zum anderen ist es Ziel, einen reflektierten und kritischen Umgang mit diesem und weiteren modernen Medien zu vermitteln.

Vor diesem Hintergrund fördert das Land den Verein Schnittpunkt e. V. unter anderem mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche zum aktiven Umgang mit neuen Medien anzuregen und ihnen bei der eigenen Erstellung von Medienprodukten Rahmenbedingungen und Hintergründe der Medienindustrie näher zu bringen. Mit Kindern und Jugendlichen aus Kindertagesstätten und Schulklassen werden z. B. im Projekt „Lauschlappen“ Ideen der Kinder zu eigenen Hörspielkassetten umgesetzt. Im Filmprojekt „Mittendrin“ werden Themen der Jugendlichen wie Ausgrenzung oder Gewalt in der Schule filmisch aufbereitet.

Im Rahmen des dreijährigen Modellprojektes „Jugendmediennetz“ hat der Verein Schnittpunkt an vier Modellstandorten (Kreis Segeberg, Kreis Stormarn, Kreis Schleswig-Flensburg, Neumünster) Maßnahmen zur Qualifizierung von erwachsenen Medienteamern, von Jugendlichen in e-teams (Internet-Führerschein) sowie ein mobiles Internetcafé angeboten. Durch die Einbeziehung vielfältiger Partner (Verbände, Schulen, Institutionen, Jugendliche) ist es gelungen, in den vier Modellregionen Mediennetze aufzubauen.

Darüber hinaus fördert das MJF Veranstaltungen und Medienseminare zu unterschiedlichen Themen aus dem Bereich Medienkompetenz, z. B. das Videofestival „Wie uncool – Drogen nicht mit mir!“, „Jugendpressefrühling“ der Jungen Presse e. V. mit bis zu 100 jugendlichen Teilnehmenden jährlich.

#### **4.9 Freiwilliges soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges soziales Jahr im Sport und Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ)**

Das Freiwillige soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige soziale Jahr im Sport sowie das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) zählen zu den Konzepten der außerschulischen, politischen Bildung im Jugendbereich. Junge Menschen, die die Vollschulzeitpflicht erfüllt, aber noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben, können sich im FSJ in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, insbesondere in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der Einrichtungen für außerschulische Jugendbildung und Einrichtungen für Jugendarbeit oder in Einrichtungen der Gesundheitspflege und kulturellen Einrichtungen engagieren. Im FÖJ ist dies möglich in Einrichtungen des Natur- und Umweltschutzes, wo sie z. B. in der Tierpflege, der Umweltbildung und -beratung oder bei der Unterstützung des ökologischen Landbaus auf vielfältige Art und Weise tätig werden können. Bei diesen Aufgaben erfahren die jungen Freiwilligen, dass das eigene Engagement für andere Menschen und für unsere Umwelt sich lohnt und etwas Sinnvolles bewirken kann.

Seminare lassen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kenntnisse zu sozialen bzw. ökologischen Fragestellungen und deren Zusammenhängen erfahren und erarbeiten; im FÖJ-Bereich wird immer stärker der Bezug zur nachhaltigen Entwicklung und den Möglichkeiten der eigenen Mitgestaltung herausgestellt. Die Seminare finden teilweise auch bereichsübergreifend statt. Darüber hinaus werden die Teilnehmenden während ihres oft schweren und belastenden Einsatzes pädagogisch betreut.

Die im Bericht zur politischen Bildung 1998 gemachten Aussagen zur Persönlichkeitsentwicklung, Berufswahlorientierung sowie zu selbständigem Arbeiten und verantwortungsbewusstem Handeln gelten nach wie vor.

Das Freiwillige soziale Jahr im Sport wurde durch ein entsprechendes Modellprojekt des Bundesjugendministeriums möglich, welches die Einsatzmöglichkeiten des FSJ auf den Kinder- und Jugendsport ausgeweitet hat. Federführend ist die Deutsche Sportjugend. Vom Einsatz der FSJ-lerinnen und FSJ-ler profitieren auch die Vereine und Sporteinrichtungen, die regelmäßig Spiel-, Sport- und Freizeitangebote anbieten, da sie motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gewinnen. Das Interesse des Sports resultiert aus dem wachsenden Bedarf an sportbezogener und sozialer Betreuung von Kindern und Jugendlichen."

Das Land fördert über die allgemeinen Förderungsmaßnahmen des Bundesjugendplanes hinaus die Durchführung des FSJ mit rd. 630 Plätzen und die des FÖJ ab 1. August 2004 mit 150 Plätzen. Darüber hinaus werden im Rahmen von Sonderaktionen des FSJ weitere Plätze für vorübergehende Zeiträume gefördert, zuletzt 168 Plätze in der stationären Altenpflege im Rahmen der Pflegequalitätsoffensive des MSGV.

## **5. Weiterbildung**

Im Rahmen des Konzeptes der Landesregierung Schleswig-Holstein „Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens“ vom Juli 2003 – zu finden unter [www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de) und im Infonetz Weiterbildung unter [www.weiterbildung-sh.de](http://www.weiterbildung-sh.de) – wurden die wichtigsten weiterbildungspolitischen Handlungsfelder auf Landesebene ressortübergreifend dargestellt, wesentliche Aufgaben für eine qualitätsorientierte Entwicklung der Weiterbildung in Schleswig-Holstein aufgezeigt und zu den Weiterbildungsverbänden berichtet. Weiterbildung stellt sich danach sowohl als eigenständiges Politikfeld als auch als Querschnittsaufgabe verschiedener Fachpolitiken dar.

Aus Sicht des Einzelnen ist Bildung die wichtigste Form der Zukunftsvorsorge: Bildung ermöglicht Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben; sie ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und noch immer die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit. Bildung ist in der Perspektive des Gemeinwesens auch eine elementare Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Sicherung des Standortes Schleswig-Holstein verlangt regio-

nale Anstöße und Weiterentwicklungen auch im Bereich der Weiterbildung, weil der bundes- wie weltweite Wettbewerb wesentlich auch ein Wettbewerb der Humanressourcen ist. Die Landesregierung geht dabei von einem engen Zusammenhang von Bildung und gesellschaftlicher, insbesondere wirtschaftlicher und beruflicher Entwicklung aus. Weiterbildungspolitik hat die Chance, auf diese Entwicklungen Einfluss zu nehmen und den Wandel von Arbeits- und Bildungsorganisationen mitzugestalten.

Die verschiedenen strukturbildenden Maßnahmen und Förderansätze dienen der Erschließung neuer und zusätzlicher Teilnehmerkreise. Jede zweite Schleswig-Holsteinerin bzw. jeder zweiter Schleswig-Holsteiner ist eine potenzielle neue „Kundin“ bzw. ein neuer „Kunde“ der Weiterbildung, ebenso wie viele kleine und mittelständische Unternehmen. Wesentliche Maßnahmen der Landesregierung dienen der Entwicklung der Weiterbildungsinfrastruktur und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bzw. potenziellen Neukundinnen und Neukunden mittelbar, so z. B. durch die Unterstützung der Weiterbildungsinformation und -beratung. Die flächendeckende institutionelle Förderung der Volkshochschulen, Bildungsstätten und Berufsbildungsstätten dient der Grundvorsorge und institutionellen Infrastruktur auf qualitativ hohem Niveau.

In den vergangenen Jahren wurden wesentliche Verbesserungen erreicht:

- Entwicklung der Weiterbildung als Branche, Förderung der Weiterbildungsinformation und -beratung sowie von Kooperationen durch Initiierung und Förderung der elf Weiterbildungsverbände
- Novellierung der staatlichen Anerkennung von Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung gem. BFQG als Maßnahme des Teilnahmeschutzes
- Neustrukturierung der Kommission Weiterbildung
- Regionalisierte Erhebung zum Teilnahmeverhalten im Rahmen des Berichtssystems Weiterbildung
- Beteiligung am Bundesprogramm „Lernende Regionen“, mit Akquirierung von bis dato fünf Projekten mit einem Fördervolumen von ca. 5 Millionen EUR
- Neugestaltung der Förderung der Bildungsstätten und Modernisierungsoffensive im Umfang von rund 3,5 Millionen EUR
- Sonderprogramm zur Modernisierung der Berufsschulen und technischen Ausstattung der Volkshochschulen
- Modernisierung der Berufsbildungsstätten, Förderung der gemeinnützigen Fielmann Akademie
- Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung

Die Ausgestaltung der flächendeckenden Kooperationsstrukturen in der Weiterbildung in Form der Weiterbildungsverbände hat bundesweite Vorbildfunktion. Daran anknüpfend wurde zur Förderung der Qualitätsentwicklung die bundesweite federführende Koordination des länderübergreifenden Verbundprojektes „Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ zunächst für die Prüfphase übernommen. Aufgrund der positiven Ergebnisse hat das MWAV auch die

Koordination der Durchführungsphase ab dem 1. Juni 2003 für zunächst zwei Jahre auf Biten des bmbf übernommen.

Die Landesregierung setzt auf eine Weiterbildung, die Leistungsbereitschaft, Kreativität und Eigenverantwortung fordert und stärkt, Chancengleichheit für alle sichert und das Recht auf bestmögliche Bildung für alle durch strukturelle Weiterbildungsförderung unterstützt.

## 5.1 Bildungsfreistellung

Das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) für das Land Schleswig-Holstein bietet Beschäftigten eine über die betrieblich notwendige Anpassungsqualifizierung hinausgehende Möglichkeit der Weiterbildung. Ziel des BFQG ist eine Beförderung der Weiterbildung in den Bereichen allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung, um sie als vierte Säule des Bildungssystems neben Schule, beruflicher Erstausbildung im dualen System und Hochschule in Schleswig-Holstein zu integrieren. Schleswig-Holstein hat mit dem BFQG ein Gesetz, das in weiten Teilen den Weiterbildungsgesetzen anderer Länder entspricht, ohne ein Leistungsgesetz zu sein. Ergänzt wird es durch das neu ausgerichtete Weiterbildungskonzept 2003 der Landesregierung.

In der Vergangenheit wurde die Bildungsfreistellung gefordert, um insbesondere eine Fortbildung im politischen Bereich zu ermöglichen. Heute zeigt sich, dass die Teilnehmenden in erster Linie ihre beruflichen Kenntnisse mit diesem Instrumentarium erweitern, was in ihrem, aber auch im Interesse der Betriebe liegt.

### *Politische Bildung im Rahmen von Bildungsfreistellung 2000-2003*

Von den insgesamt 11.631 anerkannten Veranstaltungen im Rahmen der Bildungsfreistellung sind 3.237 (= 28 Prozent) dem Bereich der politischen Bildung (im weiteren, integrativen Sinn) zuzuordnen. In diesem Zeitraum haben insgesamt 78.407 Personen an anerkannten Veranstaltungen der politischen Weiterbildung teilgenommen, davon nahmen nur 6.279 (2.733 Frauen, 3.546 Männer), also acht Prozent, hierfür ihr Recht auf Bildungsfreistellung wahr.

### Übersicht: Teilnehmende nach Themenbereichen (2000-2003)

Themenbereich	TN gesamt	davon mit Freistellung nach BFQG	männlich	weiblich
Arbeitswelt	31.473	953	673	280
Frauen	2.165	342		342
Gesellschaft/Geschichte	13.690	1.237	692	545
Außenpolitik	22	1		1
Innenpolitik	7.972	1.616	931	685
Sonstige politische Themen	6.199	508	349	159
Europa	4.432	649	385	264

Soziales	3.151	228	87	141
Umwelt	9.303	745	429	316
Gesamt	78.407	6.279	3.546	2.733

Die meisten Bildungsfreistellungsveranstaltungen der politischen Weiterbildung beschäftigen sich mit der Arbeitswelt, gefolgt von Themen der Gesellschaft/Geschichte und Innenpolitik. Frauen nehmen weniger Bildungsfreistellung als Männer für diese Themen in Anspruch. Die Daten zur Bildungsfreistellung werden im Jahreswirtschaftsbericht und im Weiterbildungskonzept veröffentlicht.

Alle fünf norddeutschen Länder haben gesetzliche/rechtliche Regelungen zur Bildungsfreistellung bzw. zum Bildungsurlaub. Eine Verschlankung der Anerkennungsverfahren mittels Adaption der Anerkennungen der anderen vier Länder ist derzeit nur begrenzt möglich und wird bereits ausgeschöpft, da die rechtlichen Regelungen der Länder nicht übereinstimmen und landesspezifisch definiert sind. Eine Harmonisierung und einheitliche Standards sowie Verfahrensabläufe der gesetzlichen/rechtlichen Bestimmungen über die Anerkennungsvoraussetzungen ist die nachhaltigste Lösung. Ziel ist es, mittelfristig nur noch eine Stelle für die Anerkennung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen in allen fünf Ländern vorzuhalten. Die Arbeitsgruppe der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien hat dem Vorschlag zugestimmt. Eine Facharbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen fünf Ländern unter Beteiligung der Sozialpartner und unter Federführung der Hansestadt Hamburg hat ihre Tätigkeit aufgenommen und erarbeitet entsprechende Übereinkünfte und bereitet die parlamentarischen Entscheidungen vor.

## 5.2 Politische Bildung an Volkshochschulen

Politische Bildung an Volkshochschulen wird statistisch erfasst in dem 1997 neu strukturierten VHS-Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Schnittmengen zwischen einer traditionellen politischen Bildung, der Umweltbildung und der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen größer wurden. Darüber hinaus ist politische Bildung Querschnittsaufgabe und integrativer Bestandteil z. B. in Maßnahmen für Jugendliche, in der kulturellen Bildung, in Einzelveranstaltungen, in regionalen und lokalen Kooperationsvorhaben.

Im gesamten Programmbereich wurden im Jahr 2003 an Volkshochschulen durchgeführt:

Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen/Besucher
1.625 Kurse	28.307	20.901
1.441 Einzelveranstaltungen	2.882	41.480
309 Studienfahrten/-reisen	5.296	8.520
24 Ausstellungen		14.787

Statistisch gesehen haben also im Jahr 2003 fast 86.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ein Angebot an einer VHS im Bereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ wahrgenommen.

Betrachtet man in diesem Programmbereich die dem engeren Begriff der traditionellen politischen Bildung zuzuordnenden Fachgebiete, wurden

Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen/Besucher
477 Kurse mit	8.813	7.768

durchgeführt. Bei beiden statistischen Betrachtungsweisen lässt sich eine leichte Steigerung gegenüber dem letzten Berichtszeitraum im Rahmen einer konstanten Entwicklung feststellen.

Eine umfangreiche Darstellung der Leistungen der Volkshochschulen wird jährlich im Herbst mit dem Datenreport vorgelegt.

### **Aktivitäten des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins**

Aus den vielfältigen Angeboten und Vorhaben des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e. V. (LVHS) werden beispielhaft einige Themen aufgeführt:

- Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung  
Seit 1. Juli 2003 besteht eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Der Verbandsdirektor des LVHS, Herr Wolfgang Behrsing, ist gleichzeitig Direktor der Landeszentrale für politische Bildung (siehe auch Kapitel 7).
- Grundtvig: Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz  
Der LVHS ist beteiligt an dem von der Universität Flensburg beantragten und koordinierten Projekt „Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz: Curriculumentwicklung für die politische Grundbildung“. In dem Projekt sollen sechs Arbeits- und Lernbücher (Module) entwickelt und erprobt werden, in deren Mittelpunkt die Vermittlung und Aneignung gesellschaftlich relevanter Kompetenzen zur Erweiterung politischer Handlungsfähigkeit steht. Die Projektergebnisse sollen bis zum Jahr 2005 vorliegen.
- EQUAL-Projekt „perspective“  
Der LVHS ist seit 2002 strategischer Partner in dem vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein koordinierten Projekt „Qualifizierungsmaßnahmen für bleiberechtigungs-sichere Flüchtlinge“. Die Geschäftsstelle ist Prüfungszentrale für im Rahmen des Projektes abgelegte Sprachprüfungen, einige Volkshochschulen sind Partner bei der Durchführung von EDV-Kursen und -Prüfungen.
- Integrationskonzept der Landesregierung  
Der LVHS beteiligte sich an der Entwicklung des Integrationskonzepts der Landesregierung und an der 2002 vorgenommenen Evaluation unter Gender-Aspekten.
- Landesarbeitsgemeinschaft für Gedenkstättenarbeit – Stiftung Gedenkstätten  
Der Landesverband war beteiligt an der vom MBWFK einberufenen Arbeitsgruppe

„Stiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“, die zwischenzeitlich zur Gründung der „Stiftung Gedenkstätten“ führte.

- **Dialog statt Krieg**  
Bereits wenige Tage nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington initiierte der Landesverband zusammen mit dem Bildungswerk „anderes lernen“ der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein die Veranstaltungsreihe „Dialog statt Krieg“, mit der ein Forum zur Information und Diskussion angeboten wurde. Es wurden drei Veranstaltungen in der Reihe mit ca. 150 Teilnehmenden durchgeführt. Der Deutsche Volkshochschultag rief anlässlich der Terroranschläge vom 11. September und der Bombardierung Afghanistans Ende November 2001 zum Aktionstag „Dialog der Kulturen“ auf. In Schleswig-Holstein beteiligten sich die Volkshochschulen mit Gesprächskreisen, Lesungen, Vorträgen o. ä. In einigen Orten war der Aufruf Anregung für die Einrichtung von Interkulturellen Runden Tischen.

### **Aktivitäten von Volkshochschulen**

Aufschluss über das breite Programmangebot zur politischen Bildung mit Kursen, Studienfahrten, Ausstellungen und Vorträgen geben die Programmhefte der Volkshochschulen. Die Volkshochschulen beteiligen sich an kommunalen Aktivitäten im Rahmen von Städtepartnerschaften, in Kooperation mit anderen kommunalen und nicht-kommunalen Trägern und engagieren sich z. B. in Geschichtswerkstätten oder in der Zusammenarbeit mit Archiven. Aus dem gesamten Spektrum können hier nur einige Vorhaben exemplarisch aufgeführt werden:

- **Projekt Ost-West-Integration**  
Das Projekt Ost-West-Integration des Deutschen Volkshochschul-Verbandes und der VHS Lippe West hat die Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie die Begegnung mit anderen Zuwandernden und der deutschen Bevölkerung zum Ziel. An dem Projekt waren bislang die VHS Kaltenkirchen, die VHS Norderstedt und die VHS Kiel beteiligt. Ab 2004 beteiligen sich die VHS Husum und Brunsbüttel mit einem Gemeinschaftsprojekt. Ein Folgeprojekt ist vom Bund geplant.
- **Ausstellung: Verbrechen der Wehrmacht**  
Die überarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung wurde im Frühjahr 2003 im „Kiek in“ in Neumünster gezeigt. Die VHS Neumünster beteiligte sich am Begleitprogramm und organisierte die Gewinnung der die Ausstellung begleitenden Guides.
- **Dialog der Kulturen**  
Seit 2001 führen die Volkshochschulen im Rahmen eines Projektes des Instituts für Internationale Zusammenarbeit (IIZ/DVV) Veranstaltungen zum Thema „Dialog der Kulturen“ durch.

### 5.3 Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten

Die Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlich zugänglichen Weiterbildung, insbesondere in den Bereichen der politischen, kulturellen, personenbezogenen, Kreativität fördernden Weiterbildung sowie der generationenübergreifenden Bildung. Fünf Bildungsstätten werden seit 1999 nach dem Bildungsstättenförderkonzept (Überarbeitung Frühjahr 2004) gefördert: die Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein, die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, die Nordsee Akademie Leck, das Nordkolleg Rendsburg sowie die Akademie am See, Koppelsberg. Gemeinsam ist ihnen die Zielsetzung einer Erwachsenenbildung, deren Aufgaben insbesondere soziale Integration, individuelle Emanzipation sowie politische und kulturelle Bildung sind.

Das Bildungsstättenförderkonzept hat die bis dahin „historisch gewachsene“ Förderung zugunsten transparenter, strategischer Ziele folgender und leistungsbezogener Kriterien abgelöst. Die Elemente Basisförderung (30 Prozent des Fördervolumens), Förderung nach Teilnehmertagen (68 Prozent des Fördervolumens mit besonderer Zielgruppen-Gewichtung) sowie der Innovationsfonds (2 Prozent des Volumens) sind an den Zielen Auslastung, Berücksichtigung benachteiligter Zielgruppen, innovative Weiterentwicklung der Angebote sowie wirtschaftlich erfolgreiches Handeln orientiert. Die einbezogenen Bildungsstätten haben in den vergangenen Jahren ihr Profil deutlich geschärft sowie Themen- und Zielgruppenschwerpunkte abgegrenzt. Teil des Konzeptes ist ebenfalls eine regelmäßige Selbstevaluierung durch die einzelnen Bildungsstätten.

Die Bildungsstätten, die vom MBWFK nach diesem Konzept Zuwendungen erhalten, haben zusammen von 2000-2002 die Zahl der Veranstaltungen von 1.197 auf 1.402 gesteigert (+ 19 Prozent) (siehe Bericht zur Situation der Bildungsstätten in Schleswig-Holstein, Drs. 15/3002). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Teilnehmenden von 38.364 auf 45.445 (+ 18 Prozent). Die Anzahl der Teilnehmertage wuchs von 63.761 auf 76.022 (+ 19 Prozent) und liegt auch 2003 deutlich über 76.000. Teilnehmertage werden für bestimmte Zielgruppen (diese sind Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende, Zivil-/Wehrdienstleistende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Familien) mit dem Faktor 1,5 gewichtet. Der Prozentsatz der gewichteten Teilnehmertage an den Gesamtteilnehmertagen liegt bei rund 55 Prozent.

Die Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten des Landes sind in einem Arbeitskreis im LVHS organisiert.

#### **Deutscher Grenzverein e.V.**

In der Trägerschaft des Deutschen Grenzvereins e.V. (DGV) befinden sich die Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein, die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg und die Nordsee Akademie/Heimvolkshochschule Leck. Die Bedeutung des Deutschen Grenzvereins und die Art seiner Aufgaben ergeben sich aus den histori-

schen, politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Besonderheiten im Zusammenleben der Menschen in der deutsch-dänischen Grenzregion. Der DGV sieht sich in der Verantwortung, in dem Prozess eines rasch zusammenwachsenden Europas und der sich daraus ergebenden Veränderungen einen wesentlichen Beitrag für die zukünftige Entwicklung der Grenzregion zu leisten. Die Arbeit des Deutschen Grenzvereins richtet sich hauptsächlich auf das Ziel, durch Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen sowie Begegnungen

- das Verständnis und Vertrauen der Menschen untereinander in der deutsch-dänischen Grenzregion zu fördern, deutsche Kulturarbeit zu leisten und zur Stärkung des wirtschaftlichen und politischen Profils der Region beizutragen,
- den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Austausch zwischen dem deutsch-skandinavisch-baltischen Kulturkreis des Ostseeraumes und Mitteleuropa zu fördern und
- Jugendliche und Erwachsene bei der Orientierung in ihrem sozialen, kulturellen und politischen Umfeld zu unterstützen und zur Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft anzuregen.

Bei Verwirklichung seiner Ziele und seiner Aufgaben lässt sich der Deutsche Grenzverein mit seinen Einrichtungen insbesondere von folgenden Grundsätzen leiten:

- Anspruch jedes Menschen auf Freiheit und Menschenwürde
- Erhaltung und Fortentwicklung freiheitlich-demokratischer Lebensformen und völkerverbindender Zusammenarbeit
- Schutz und Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, Freiheit des Bekenntnisses zu einer nationalen Minderheit

### **Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein**

Das Bildungszentrum Sankelmark hat sein Angebot an politischer Bildung in den vergangenen fünf Jahren erheblich erweitert und neu strukturiert.

Die Akademie Sankelmark mit ihrer 50-jährigen Tradition im Arbeitsfeld Politische Bildung bietet Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Deutschland und Dänemark Informationstagen zu politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Themen des deutsch-dänischen Grenzlandes, Schleswig-Holsteins und Deutschlands an. Hinzu kommen Seminare, die die Teilnehmenden dabei unterstützen, ihren eigenen Standpunkt zu politischen und ethischen Fragen zu definieren und zu begründen.

Die Europäische Akademie Schleswig-Holstein informiert in Tagungen und Akademiereisen europaweit über den europäischen Einigungsprozess sowie über Politik, Gesellschaft und Kultur der Länder Nord- und Osteuropas. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei Fragen des Europarechtes sowie Themen und Best-Practice-Beispiele des Zusammenlebens von nationalen und kulturellen Minderheiten und Mehrheiten. Speziell ausgerichtet auf die

Zusammenführung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den EU-Beitrittsländern Osteuropas mit Deutschen sind Tagungen und Seminare zur politischen Bildung, die die Akademie Sankelmark und die Europäische Akademie Schleswig-Holstein in Kooperation mit der Lübecker Academia Baltica in Sankelmark durchführen.

### **Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg**

Die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg (IBJ) bietet Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aktuelle gesellschaftspolitische Themen in neuen Zusammenhängen an. Immer war es Aufgabe, eigene Positionen zu finden, zu reflektieren und sie gegenüber anderen zu definieren. Ziel war und ist es, Jugendliche zur Übernahme von Verantwortung und auf Partizipation in verschiedensten Lebensbereichen vorzubereiten. Bei Angeboten für Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung besteht eine besondere Herausforderung darin, explizit jugendspezifische „Zugänge“ anzubieten. In besonderem Maße deshalb, weil diese Bildungsangebote in freier Ausschreibung (und besonders in der letzten Zeit mit immer höheren Seminar-Gebühren) Jugendliche zur Teilnahme motivieren sollen. Diese Teilnahmewerbung gelingt weiterhin sehr erfolgreich.

#### *Interkulturelles Lernen*

Dazu zählen seit Jahren schwerpunktmäßig deutsch-polnische Seminare, seit neuestem auch mit Teilnehmenden aus der Ukraine. Darüber hinaus Seminare mit Teilnehmenden aus Ungarn, Rumänien, Estland, Lettland, der Türkei, Finnland, Großbritannien und Schleswig-Holstein. Diese Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur in der IBJ Scheersberg stattfinden, sondern auch in den genannten Ländern selbst – und es sich häufig über einen langen Zeitraum um einen konstanten Teilnehmerkreis handelt. Bei diesen Veranstaltungen geht es um den Vergleich von Jugendkultur, Identifikation, Normen und Werte, Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte, internationale Beziehungen besonders im Rahmen der deutsch-polnischen Geschichte, den Besuch entsprechender Erinnerungsorte (wie des Konzentrationslagers Auschwitz) sowie das Nachdenken über Fragen der europäischen Integration.

#### *Zugänge über Spielfilme*

Ausgehend von einem Spielfilm, der die Identifikation zu handelnden Personen und gleichzeitig auch emotionale Betroffenheit ermöglicht, beschäftigen sich z. B. 13-16-jährige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Wochenenden mit folgenden Themen:

- Zugänge zum Islam (nach dem 11. September 2001)
- Wegschauen gilt nicht – Wege zur Zivilcourage
- Zeitgeschichte einmal anders – erwachsen werden im Dritten Reich und heute

#### *Netzkommunikation als Inhalt und Methode politischer Bildung*

Seit sechs Jahren ist die IBJ Scheersberg an einem Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit vier weiteren Bildungsstätten in Hamburg, München, Brandenburg und Berlin beteiligt. Das Projekt heißt „web-Xchange – Netzkommunikation als Inhalt und Methode politischer Bildung“. Es

geht bei diesem sehr aufwändigen Projekt um die Frage, welche Themen der politischen Bildung sich besonders eignen, um per Online-Kommunikation (E-Mails, Chatten, Video-Konferenz) bearbeitet zu werden. Ziel ist es dabei herauszufinden, ob ggf. die Netz-Kommunikation die Qualität der Auseinandersetzung bei speziellen Themen erweitert, d. h. besonders förderliche Auswirkungen auf die Bearbeitung bestimmter Themenfelder hat. Entsprechende Seminare wurden bereits erprobt zu Themen wie

- Berufsfindungsprozesse
- Fragen zur persönlichen Orientierung
- Auseinandersetzung mit Drogen

Schließlich gilt es zu überprüfen, ob der Einsatz von Netz-Kommunikation die Motivation gerade bei Jugendlichen erhöht, sich mit bestimmten Fragen und Inhalten der politischen Bildung zu beschäftigen („Jugendzeit ist Medienzeit!“).

### **Nordsee Akademie Leck**

Im Bereich der politischen Bildung hat die Nordsee Akademie in ihren ein- bis mehrtägigen Bildungsangeboten sowohl einen regionalen als auch einen europäischen Schwerpunkt.

#### *Angebote zur Geschichte und Tradition der Region:*

Studienaufenthalte in Kooperation mit den Verbänden des Nationalpark Wattenmeer mit dem Schwerpunkt „Natur – Wirtschaft – Kultur“. Ziel dieser Kooperation ist es, die Akteure aus Natur, Kultur, Wirtschaft zusammenzubringen, vorhandene Aktivitäten enger zu verknüpfen, sowie neue Angebote und Projekte zu entwickeln. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Seminare sind vor allem berufsständische und kommunale Gruppen, die die Besonderheiten und Zusammenhänge in der Grenzregion, Minderheitenpolitik und wirtschaftliche Entwicklungen vor Ort erfahren und mit regionalen Vertreterinnen und Vertretern diskutieren möchten.

#### *Kommunalpolitische Seminare:*

Die erfolgreiche Reihe der Gemeindeforen für Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg unterstützt die systematische und fortlaufende Weiterbildung der Mandatsträgerinnen und -träger in den Gemeindevertretungen. Fundierte Sachinformation, Austausch und Diskussion zu aktuellen kommunalpolitischen Themen helfen Sachentscheidungen vorzubereiten und den Aufbau von Netzwerken zu fördern.

#### *Datensicherheit:*

In gemeinsamer Trägerschaft mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz ist an der Nordsee Akademie die „Datenschutzakademie“ angesiedelt. In Leck als dem Kompetenzzentrum an der Westküste werden mehrtägige Seminare zum Thema Datensicherheit/Datenschutz angeboten.

*Europäische Netzwerk/Interkulturelle Kommunikation:*

Der vierwöchige internationale Sommerkurs mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Europa findet in der Nordsee Akademie im Jahr 2004 zum 23. Mal statt und begleitet beispielhaft den Prozess der europäischen Einigung. Durch Begegnungen, Informationen und Diskussionen werden die Studierenden angeregt, sich mit ihrer individuellen Lebenssituation und der gesellschaftlichen Wirklichkeit Europas auseinander zu setzen.

In der jährlich stattfindenden Sommeruniversität in Kooperation mit der Lessing Hochschule Berlin werden die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu einem jeweiligem Schwerpunktthema gemeinsam erarbeitet und diskutiert. Die Dozentinnen und Dozenten sind namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gelehrte sowie Autorinnen und Autoren, die sich aus ihren unterschiedlichen Disziplinen der Philosophie, der Soziologie, Theologie, Literatur und Kunst dem Thema nähern. 2004 werden die „Zusammenhänge: Ethik – Religion – Politik“ mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus mehreren europäischen Ländern untersucht.

Leck ist die Gründungsstätte der „Europäischen Akademie Schleswig-Holstein“, die jetzt in der Akademie Sankelmark angesiedelt ist. Die Nordsee Akademie fungiert nun als Außenstelle und bietet jährlich mehrere Seminare zu europäischen Themen an.

**akademie am see. Koppelsberg**

Die akademie am see. Koppelsberg ist eine moderne Bildungsstätte mit bald 50-jähriger Tradition in Trägerschaft des Vereins „Ev. Landvolkshochschule Koppelsberg e. V.“. Als staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung bietet sie pro Jahr etwa 200 Seminare, Fortbildungen und Bildungsurlaube an. Sie versteht sich als konfessionell unabhängige und parteiübergreifende Bildungseinrichtung, die offen ist für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Ein eigener Arbeitszweig der akademie am see. Koppelsberg ist das „Zentrum für Bürgerengagement“. Mit maßgeschneiderten Seminarengeboten und Inhouse-Schulungen wird die Mitverantwortung der Menschen für die Gemeinschaft, die Gesellschaft und das staatliche Gefüge anregt. Im Mittelpunkt steht die Ermutigung und gezielte Förderung ehrenamtlich Engagierter oder von Menschen, die Interesse an Freiwilligenarbeit haben. So rücken Fragen der Qualität und Möglichkeiten der Mitgestaltung immer in den Blick. Die Arbeit des Zentrums setzt genau dort an, wo es darum geht, dass sich die Menschen „in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen“. Dazu gehört auch die Verbesserung der Chancen von Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen. Die akademie am see. Koppelsberg bietet ihnen und ihren Assistentinnen und Assistenten maßgeschneiderte Programmangebote, in denen die Befähigung, ihre Interessen durch informelle und institutionelle Formen der Beteiligung einzubringen, eine besondere Rolle spielt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bildungsarbeit der akademie am see. Koppelsberg ist das Familienzentrum Koppelsberg, in dem die Lebenssituation Alleinerziehender und kinderreicher

Familien besondere Berücksichtigung finden. Insbesondere mit Angeboten für Familien mit Migrationshintergrund trägt die Akademie am See. Koppelsberg dazu bei, Defizite, die der gesellschaftlichen Integration hinderlich sind, aufzuholen.

Auch die spezifischen Belange von Frauen und Mädchen zur Verbesserung ihrer Lebenslagen mit dem Ziel, geschlechtsspezifische Benachteiligung abzubauen, finden in den Bildungsangeboten der Akademie am See. Koppelsberg besondere Beachtung. Mit differenzierten Angebotsformen werden die unterschiedlichen Lebenslagen sowohl von berufstätigen Frauen als auch von Frauen in der Familienphase und allein erziehenden Frauen gleichermaßen berücksichtigt.

Um die Bewahrung der natürlichen Umwelt und aktiven Umweltschutz geht es in den Bildungsangeboten der „Ökologischen Werkstatt“, einem weiteren Programmbereich der Akademie am See. Koppelsberg. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung zukünftiger und nachhaltiger Lebensmodelle durch Weckung eines tieferen Naturverständnisses.

### **Nordkolleg Rendsburg**

Die Veranstaltungsangebote zur politischen Bildung im Nordkolleg sind stark rückläufig. Ursächlich für diesen Rückgang ist der fast vollständige Verzicht der früheren institutionellen Kooperationspartner auf die Durchführung gemeinsamer Seminare. Insbesondere die Umstrukturierung der Angebote von Seminaren politischer Bildung durch das Marineamt und durch das Bundesamt für Zivildienst haben zu einem eklatanten Einbruch geführt. Daher wurde der bisherige Fachbereich „Politische Bildung“ 2003 in den Fachbereich „Kulturelle Gesellschaft“ umgewidmet.

Soweit andere (freie) Kooperationspartner an der Durchführung der Seminare beteiligt waren, ist auf Grund der wirtschaftlichen Gesamtsituation ebenfalls ein starker Rückgang sowohl der angebotenen Seminare als auch der Nachfrage festzustellen. Frei ausgeschriebene Seminare zu Themen der Politischen Bildung sind aus ökonomischen Gründen nicht mehr darstellbar.

Angestiegen dagegen ist die Zahl der von Gewerkschaften durchgeführten Veranstaltungen. Diese bereits 2003 und 2004 erfreuliche Tendenz scheint sich auch 2005 fortzusetzen.

Der besondere Bereich der interkulturellen Kommunikation hat nicht nur in seiner Bedeutung nichts eingebüßt, sondern ist eher ein Qualitätsmerkmal mit steigender Bedeutung.

Die Lizenzierung des Nordkollegs als TestDaF-berechtigte Einrichtung – der einzigen in Schleswig-Holstein neben der CAU in Kiel – steht kurz bevor. Damit wird das Nordkolleg im Feld der ausbildungs- und studiumsinitiierten Migration in absehbarer Zeit eine besondere Bedeutung bekommen.

### **Academia Baltica**

Aufgabe der Akademie, die ihren Sitz in der Lübecker Altstadt hat, ist die Förderung von Verständigung und Partnerschaft im Ostseeraum. Zu diesem Zweck veranstaltet sie pro Jahr über 30 Seminare, wissenschaftliche Tagungen, Vorträge und Studienreisen in Deutschland, aber auch in Polen und anderen Staaten Ostmitteleuropas. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen Fragen der regionalen und internationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum sowie die Identität und das Gedächtnis der Völker und Staaten an der Ostsee. Mittlerweile stammen etwa ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Akademieveranstaltungen aus den Ländern Ostmitteleuropas, vor allem aus Polen, Tschechien und den baltischen Staaten.

Wesentlich gefördert wird die Arbeit der Akademie durch die Unterstützung der Bundesregierung und des Landes Schleswig-Holstein. Möglich wird sie aber erst durch die enge Zusammenarbeit mit Universitäten, Forschungsinstituten, Museen, Kulturhäusern und Nicht-Regierungsorganisationen. So reicht das Spektrum der Veranstaltungen von der Geschichte Danzigs im „Dritten Reich“ und der Entwicklung Estlands zwischen 1939 und 1953 über Seminare zu den Schriftstellern Arnold Zweig und Johannes Bobrowski bis zur transnationalen Medienkooperation im Ostseeraum.

### **Jaruplund Højskole**

Jaruplund Højskole ist seit 1950 die Heimvolkshochschule der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig. Ihre Aufgaben sind die Verbreitung der politischen und kulturgeschichtlichen Entwicklung des Grenzlandes, die Vermittlung der multikulturellen Vielfaltigkeit des Landesteiles und die Weckung des Interesses für neue Strömungen in Europa. Schwerpunkte des politischen Bildungsangebotes in grundtvigscher Tradition sind die Themenfelder Gesellschaft, Minderheitenpolitik, Geschichte, Regionalgeschichte sowie Politik (bezogen auf Dänemark, Deutschland und Europa). Insgesamt finden jährlich im Schnitt über 160 Veranstaltungen mit rund 4.000 TN und 13.000 TNT statt.

## **5.4 Parteinahе Träger und Einrichtungen politischer Bildung**

Die parteinahen Einrichtungen wurden bereits in den Berichten zur politischen Bildung 1994 und 1998 ausführlich vorgestellt. Über die Maßnahmengruppe der Landeszentrale für politische Bildung erhalten die Hermann-Ehlers-Akademie Kiel, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Malente, das Bildungswerk anderes lernen e. V., die Friedrich-Naumann-Stiftung und der Sydslesvigk Oplysningsforbund rund 300.000 EUR jährlich aus Landesmitteln. Aus derselben Maßnahmengruppe unterstützt die Landesregierung den Verband politischer Jugend, den Ring politischer Hochschulgruppen und den Verein Jugendpresse Schleswig-Holstein e. V.

**Hermann-Ehlers-Akademie**

Die Hermann-Ehlers-Akademie hat in den vergangenen Jahren ihre Arbeit erfolgreich fortgesetzt und bietet weiterhin Seminare, Workshops, Exkursionen, Studienreisen und abendliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen (im Jahresschnitt über 400 Veranstaltungen mit über 16.000 TN und knapp 6.000 TNT) an. Politische Bildung auf freiheitlicher, demokratischer und christlicher Grundlage ist dabei ein Schwerpunkt, der sich durch alle Gesprächskreise (Außenpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Umwelt- und Agrarpolitik, Sicherheitspolitik, Justiz, Bildungspolitik, Kunst und Kultur, Christ und Gesellschaft, Schleswig-Holsteinische Geschichte, Deutsch-Türkischer Gesprächskreis, Bewegung – Spiel – Sport) zieht. Die Bildungsarbeit zielt gleichermaßen auf die Förderung der Kultur, der Jugend und der internationalen Verständigung.

**Gustav-Heinemann-Bildungsstätte**

Die von der Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V. getragene Gustav-Heinemann-Bildungsstätte will durch Vorträge, Seminare, Kurse, Studienreisen (im Jahresschnitt rund 160 Veranstaltungen mit über 3.000 TN und rund 10.000 TNT) und die Herausgabe von Schriften bei Jugendlichen und Erwachsenen das Interesse für politische Grundsatz- und Tagesfragen, die demokratische Staatsform und die internationale Zusammenarbeit wecken. Ziel ist es, die Grund- und Menschenrechte zu sichern und zu stabilisieren, die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zu unterstützen, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und dem bürgerschaftlichen Engagement in einer demokratischen Gesellschaft zu dienen sowie insbesondere den politischen Extremismus und Fundamentalismus zu bekämpfen. Über die Seminarmethodik wird zugleich angestrebt, demokratische Verhaltensformen einzuüben und zu einer demokratischen Diskussionskultur beizutragen.

**Friedrich-Naumann-Stiftung**

Die Bildungsstätte „Zündholzfabrik“ der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) in Lauenburg/Elbe wurde Ende 2000 geschlossen. Seit 2001 führt das Regionalbüro Lübeck die Bildungsveranstaltungen der Stiftung in Schleswig-Holstein durch. Aufgrund der rückläufigen finanziellen Ressourcen für politische Bildung sowie des zu beobachtenden veränderten Teilnehmerverhaltens der Zielgruppen führt die FNSt jetzt schwerpunktmäßig Tages- und Abendveranstaltungen durch. Weiterhin werden Online-Seminare angeboten. Zielgruppen der Stiftungsarbeit sind nach wie vor politisch interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger, die durch das Bildungsangebot in die Lage versetzt werden sollen, Politik besser zu verstehen und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Neben Veranstaltungen zu tagesaktuellen Themen sowie besonderen Angeboten für Kommunalpolitiker widmet sich die FNSt derzeit den Schwerpunktthemen „Globalisierung und Entwicklung“, „Bildung als Grundlage einer freien Gesellschaft“, „Friedenssicherung und Konfliktprävention“, „Aktive Bürgerschaft und Kommunalpolitik“ sowie „Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsreform“.

### **Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein**

Das Bildungswerk anderes lernen e. V. der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein arbeitet schwerpunktmäßig in den Themenfeldern Osteuropa/Europa, Deutsche Geschichte (Gedenkstätten, Zwangsarbeit), Bildung/Partizipation, Arbeit und Ausbildung sowie „Knastgeflüster“. Aktuelle Fragestellungen werden im Rahmen von „Grünen Salons“ aufgegriffen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu einer zukunftsfähigen, demokratischen, sozialen und gewaltfreien Entwicklung beizutragen und konzentriert sich auf die Aufgabenfelder „Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der Geschlechtergerechtigkeit“, „Vernetzung von Fachkompetenzen“ sowie „Öffentlichkeit herstellen“. Im August 2004 hat sich ein Programmrat aus 15 Fachleuten der unterschiedlichen Politikfelder konstituiert, der weitere Schwerpunkte der Arbeit beschließen soll.

### **Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein**

Der Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein (VPJ) wurde 1984 gegründet, in der Zwischenzeit sind sowohl Jungsozialisten, Junge Grüne, Junge Union, Junge Liberale und SSW-U (ruhende Mitgliedschaft) Mitglied. Gemäß § 1 der Satzung sollen Jugendliche für eine aktive Rolle am politischen Leben gewonnen und politisch gebildet werden. Die Heranwachsenden sollen durch den VPJ den Umgang mit der Politik erlernen, die politischen Spielregeln kennen und verstehen lernen. Des Weiteren steht im Mittelpunkt des politischen Bildungsauftrags die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Grundlage der offenen und pluralen Gesellschaft. Die Arbeit wird fast ausschließlich ehrenamtlich geleistet. Aufgrund von Mittelkürzungen ist die Lage angespannt, teilweise musste das Angebot von Veranstaltungen und Aktivitäten reduziert werden, dafür wurde aber mehr Wert auf die Qualität gelegt. Auch der Mitgliederverlust in den Verbänden konnte gestoppt werden, auf Orts- und Kreisebene gibt es zahlreiche Neu- bzw. Wiedergründungen.

Der VPJ versucht gezielt, die Sprache der Jugendlichen zu sprechen und Themenkomplexe aufzugreifen, die für junge Menschen tatsächlich von Bedeutung sind. Beispiel dafür ist die landesweite Stundenplanverteilkaktion, bei der politisch Interessierte gerade auch an den Schulen erreicht werden sollen. Gleichzeitig werden aber auch die Kontakte zu anderen Jugendverbänden im vopolitischen Raum zunehmend ausgebaut. So unterstützte der VPJ 2003 erstmals den Sozialen Tag von „Schüler helfen Leben“. Eine Diskussion an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel über das Erichsen-Gutachten zog über 100 Jugendliche an.

## **5.5 Thematische Schwerpunkte: Europa, nachhaltige Entwicklung, Entwicklungspolitik, Umwelt, Migration/Zuwanderung**

### **Europapolitische Bildungsarbeit**

Europäische Themen haben in allen Bildungsbereichen eine zunehmend größere Bedeutung. Die Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei initiiert und unterstützt hierbei Maßnahmen zur politischen Europa-Bildung. Den Schwerpunkt bildet dabei die jährlich stattfindende Europawoche, die in Schleswig-Holstein unter der Schirmherr-

schaft von Ministerpräsidentin Heide Simonis steht. Auch die Zusammenarbeit mit Institutionen, Kommunen und Akteuren im Land und im Ostseeraum gibt wichtige Impulse und Beiträge für die politische Bildung.

### **Europa-Union Deutschland**

Die Arbeit der Europa-Union Schleswig-Holstein wurde bereits im Bericht zur politischen Bildung 1998 vorgestellt. Nachzutragen ist, dass der Landesverband nun über 15 Kreis- und zwölf Ortsverbände verfügt und dass die Europa-Union im Auftrage der Staatskanzlei die oben erwähnte Europawoche mit mehr als 100 Veranstaltungen in ganz Schleswig-Holstein organisiert und koordiniert.

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 mit der Festlegung der Agenda 21, der Festlegung des Ziels der „nachhaltigen Entwicklung“ und dem Weltgipfel von Johannesburg 2002 ist die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BfnE) zu einem Schwerpunkt der Bildung des 21. Jahrhunderts geworden. Da „nachhaltige Entwicklung“ bedeutet, dass soziale, weltweite Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen, hohe ökologische, ökonomische und soziokulturelle Standards in den Grenzen der Tragfähigkeit des Umweltraumes erreicht werden sollen, beinhaltet der Bildungsauftrag für eine nachhaltige Entwicklung die Vermittlung von Wissensinhalten und Qualifikationen (= Kompetenzen), die die Mitglieder einer Gesellschaft in die Lage versetzen,

- globale Entwicklungen in ihrer Komplexität zu erfassen und zu analysieren sowie
- in die Entwicklung dieser komplexen Systeme einzugreifen, um sie im Sinne der Nachhaltigkeit zu steuern,
- eigene Normen und Werte zu erkennen und zu hinterfragen,
- die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure nachzuvollziehen und
- in der Lage zu sein, Lösungen zu gestalten, die zukunftsfähig sind und die Bedürfnisse aller einbeziehen.

Der Zusammenhang zwischen Politik, Bildung und Nachhaltigkeit liegt auf der Hand: Ein weitreichender mentaler Wandel erfordert Prozesse veränderter Bewusstseinsbildung der Individuen, und diese sind nur über das Lernen zu verwirklichen.

In der Agenda 21 werden nicht nur die politisch-administrativen Systeme als Akteure und Gestalter der Zukunft gesehen. Nachhaltigkeit wird als ein gesellschaftliches Projekt begriffen, an dessen Gestaltung sich aufgrund der ungeheuren Komplexität Akteure aus Politik und Wirtschaft, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sowie Individuen beteiligen müssen. Wo Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen erwartet wird, geht es um politische Bildung.

Die außerschulische Umweltbildung und die entwicklungspolitische Bildung greifen den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung auf. Dies geschieht durch zahlreiche Maßnahmen wie z. B. Veranstaltungen, Angebote mit BfnE-Aspekten, Gesprächs- und Arbeitskreise.

### **Entwicklungspolitische Bildung**

Die entwicklungspolitische Bildung in Schleswig-Holstein wird durch bestimmte Fördermaßnahmen von Modellprojekten und durch Stabilisierung von Strukturen unterstützt. Der Dachverband in Schleswig-Holstein, das Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen, setzt sich gemeinsam mit den Weltläden, den regionalen Promotorinnenstellen und Vereinen und Initiativen in der Öffentlichkeit für die Probleme der Menschen in den Ländern des Südens ein. In der Bildungsarbeit geht es oft darum, die Herstellung und den Konsum von Produkten in den Ländern des Südens mit den industrialisierten Ländern zu vergleichen, das heißt, die Lebensbedingungen der Menschen im Süden werden mit unseren verglichen, kritisch Ursachen für die große Schere zwischen Arm und Reich hinterfragt und Lösungsmöglichkeiten für mehr Gerechtigkeit diskutiert. Dabei werden z. B. auch die Themen „Kinderarbeit“, „Frauen und Bildung“ und die „Mitgestaltung und Partizipation des Südens an weltweiten Strukturen“ bearbeitet. Fast die gesamte Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Es sind viele Kooperationsprojekte im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen, Schulen, der Kirche und auch mit Kommunen entstanden. Im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung wird versucht, gemeinsame Projekte mit Umweltverbänden zu verfolgen bzw. den Austausch mit den Umweltverbänden zu stärken.

### **Akademie für Natur und Umwelt**

Die Akademie für Natur- und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein (Umweltakademie) ist die zentrale Fort- und Weiterbildungseinrichtung des Landes im Geschäftsbereich des MUNL für alle Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen. Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind in der Regel stets auch politische Bildung, da die Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung ein gesellschaftlicher Such- und Optimierungsprozess ist und es in diesen Bildungsbereichen darum geht, Kompetenzen und Wissen zu vermitteln, um sich verantwortlich an diesem Prozess beteiligen zu können.

Die Vermittlung von Wissen (z. B. über die Tragkapazität ökologischer Systeme, über Naturphänomene, über verschiedene Lösungsansätze zu ökologischen in Verbindung mit ökonomischen und sozialen Fragestellungen) und Kompetenzen (z. B. Bewertungskompetenz, Handlungs- und Gestaltungskompetenz, Methodenkompetenz) erfolgt über die ca. 100 Veranstaltungen, die jährlich durchgeführt werden.

Darüber hinaus erfüllt die Umweltakademie eine wichtige Vernetzungs- und Beratungsfunktion zu den genannten Themenfeldern. Die Info-Servicestelle Umweltbildung vernetzt die in der Umweltbildung Tätigen und stellt zunehmend auch den Kontakt zu den im Bereich „Globales Lernen“ Aktiven her. Das Agenda 21 Büro vermittelt Informationen, bietet Fortbildungen an und organisiert den Erfahrungsaustausch aller Aktiven, die sich auf kommunaler

Ebene für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Auch diese Aktivitäten der Umweltakademie tragen zur Stärkung der (informellen) Bildungsarbeit im Sektor der politischen Bildung bei.

### **Zuwanderung/Migration**

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein löst verschiedene Weiterbildungsbedarfe aus, die sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Migrantinnen und Migranten selbst betreffen. Das Aufeinandertreffen fremder Kulturen und Verhaltensweisen führt oftmals zu gegenseitigem Unverständnis und nicht selten auch zu Konflikten. Wichtig für ein erfolgreiches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist daher die Entwicklung interkultureller Kompetenzen, wie sie im Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten im Juni 2002 beschlossen wurde. Auch die Lehrpläne integrieren das Thema „Interkulturelle Bildung und Erziehung“ sowie „Deutsch als Zweitsprache“ in bundesweit vorbildlicher Weise.

Am 1. Januar 2005 tritt das Zuwanderungsgesetz in Kraft. Dieses sieht für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer einen Anspruch auf einen Integrationskurs vor, der aus einem Basis- und Aufbausprachkurs zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte in Deutschland besteht. Ausländerinnen und Ausländer, die über weniger als einfache Deutschkenntnisse verfügen, sollen zur Teilnahme verpflichtet werden. Dies gilt unter bestimmten Voraussetzungen auch für bereits hier lebende Ausländerinnen und Ausländer, die Leistungen nach SGB II beziehen. Der Integrationskurs wird sowohl für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler als auch für Ausländerinnen und Ausländer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt.

## **6. Hochschulen und Forschung**

Die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein vermitteln die Fachwissenschaft für die politische Bildung in den Fächern Wirtschaft und Politik für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien sowie im Magister-Studiengang Politische Wissenschaft. Aspekte der politischen Bildung finden sich aber auch in fast allen anderen Studiengängen. Aktuelle tagespolitische Entwicklungen und Geschehnisse werden in die Vorlesungen und Seminare integriert und der Lernstoff durch Fallbeispiele aus Politik und Wirtschaft mit Themenrelevanz ergänzt.

Daneben nehmen die Hochschulen vor allem auch die Aufgabe wahr, durch Veranstaltungen, Referate und Seminare einen Adressatenkreis, der über den Kreis der Studierenden hinausgeht, zu erreichen. Mit Beiträgen zu aktuellen politischen Fragestellungen wird auch der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, sich zu informieren und das politische Geschehen in der Welt zu diskutieren. Damit erfüllen die Hochschulen eine wichtige Funktion und werden ihrem Weiterbildungsauftrag gerecht. Sie tragen dazu bei, der Gesellschaft ihre politische

Verantwortung bewusst zu machen und mögliche Folgen von politischem Handeln aufzuzeigen. Sie regen an, sich mit Vorgehensweisen und Konsequenzen auseinander zu setzen. Im Einzelnen finden insbesondere folgende Aktivitäten statt:

### **Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Die Dozentinnen und Dozenten des Institutes für politische Wissenschaft vermitteln in der Lehre die politikwissenschaftlichen Grundlagen politischer Bildung und die Didaktik des Faches Wirtschaft/Politik. Das Institut legt großen Wert auf die Verschränkung von Theorie und praktischen Bezügen. Im Bereich der politischen Bildung konzentriert sich die Forschung im Institut auf

- den Beitrag der politischen Theorie zur politischen Bildung,
- die Bedeutung von Bürgersinn, Zivilgesellschaft und modernen Medien für die politische Bildung,
- die bildungstheoretischen Grundlagen der Didaktik und der Methodik des Wirtschafts-/Politikunterrichts sowie
- die Entwicklung von internetgestützten Lehr- und Lernangeboten mit Materialien.

Durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen innerhalb und außerhalb der Universität sowie durch vielfältige Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung (Landeszentrale für politische Bildung, Akademien, IQSH) wirkt das Institut über die Hochschule hinaus für die politische Bildung.

Auch zahlreiche Veranstaltungen anderer Fachbereiche spiegeln die Auseinandersetzung mit politischen Themenkomplexen wider, z. B. in der Auseinandersetzung mit jüngerer und jüngster Geschichte, über Bildung und Erziehung, soziologische Prozesse, Globalisierung bis zur Technik- und Umweltethik. Darüber hinaus finden an der CAU zahlreiche Einzelveranstaltungen zur politischen Bildung statt. Hierzu zählen die Vorträge im Rahmen der Universitätsgesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, wissenschaftliche und gesellschaftsrelevante Themen „ins Land“ zu bringen. Auch das Weiterbildungsangebot enthält regelmäßig Seminare politischen Inhalts. Immer häufiger wurden und werden Ringvorlesungen mit politischen, historischen und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten veranstaltet, die großen Zulauf finden. Hier sind u. a. zu erwähnen:

- Grenzen und Grenzräume in Osteuropa
- Recht der Informationsgesellschaft
- Alt-neue Gedächtnisorte in Osteuropa
- Fundamentalismus
- Sanierungsfall Deutschland
- Folter – Praxis, Verbot, Verantwortlichkeiten
- Mensch, Kulturen, Wissenschaft – Menschenrechte, Menschenpflichten
- Zum Umgang mit Vielfalt: Von Ausgrenzung zu Integration

In der "Night of the Profs" werden diverse Vorträge mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt angeboten. Die CAU ist daran interessiert, aktuelle politische Ereignisse und Tendenzen möglichst unverzüglich in Forschung und Lehre sowie bei Kongressen und Publikumsveranstaltungen einzubinden.

### **Universität Flensburg**

Die Universität Flensburg hat in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung ausgeweitet und intensiviert. Zentrale Aufgaben mit Bezug zur politischen Bildung sind Lehre und Forschung, öffentlich zugängliche Veranstaltungen sowie Publikationen.

In der Lehre werden neben den zahlreichen Veranstaltungen für die Ausbildung von Lehrkräften, insbesondere durch das Institut für Politik und Wirtschaft und ihre Didaktik, aber auch durch andere Institute (Institut für Soziologie, Institut für Geschichte und ihre Didaktik u. a.), verstärkt Fragen der Politischen Bildung in der Weiterbildung (Institut für allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung/Weiterbildung bearbeitet. Hierzu zählt das erwähnenswerte Projekt Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz: Curriculumentwicklung für die politische Grundbildung. Ausgangspunkt des Projekts ist die seit Beginn der 1990er Jahre unter dem Stichwort "lebenslanges Lernen" in Europa diskutierte Notwendigkeit einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die hinsichtlich ihrer Konsequenzen für politische Bildung untersucht wird. In internationaler Kooperation zwischen Praktikern und Theoretikern der Erwachsenenbildung/politischen Bildung aus fünf europäischen Ländern werden neue Ansätze zur Kritik-, Reflexions- und demokratische Beteiligungsfähigkeit entwickelt und evaluiert.

Im Berichtszeitraum wurden u. a. folgende Veranstaltungen angeboten:

- Veranstaltung des IZRG in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung mit Vorträgen zur Ausländerbeschäftigung im Deutschen Reich 1939 bis 1946, Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945 und Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein als Thema in der Schule (Auswahl), 2001
- Tagung „Ein Exportfrieden? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum 1945 bis 2000“, 2001
- Vortrag des IZRG: „Feind bleibt Feind!“ – Die Perspektive der schleswig-holsteinischen Volksgemeinschaft, 2002
- Vortrag „Unser Hotel ist judenfrei“, Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, 2003

Herausragende Publikationen sind:

- „Menora und Hakenkreuz – Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998)“, Hg.: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach, 1998

- „Vergessene Kinder. Jüdische Kinder und Jugendliche aus Schleswig-Holstein 1933 bis 1945“, Hg.: Gerhard Paul, Begleitband zur gleichnamigen Wanderausstellung in Zusammenarbeit mit Studierenden der BU Flensburg und der Muthesius-Hochschule Kiel, 1999
- „Arnold Brecht und die Verfassungsentwicklung in Westdeutschland“, Michael Ruck, in: Claus-Dieter Krohn/Martin Schumacher (Hg.), Exil und Neuordnung. Der Einfluss von Emigranten auf die verfassungspolitische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, 2000
- „Matrosenanzug – Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz“, Gerhard Paul/Bettina Goldberg, 2002
- „No dead bodies“, Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Zur Ikonographie und Visualisierung kriegerischer Auseinandersetzungen der Moderne, Gerhard Paul, 2004
- „Die Republik der Runden Tische. Konzertierte Aktionen, Bündnisse und Konsensrunden“, Michael Ruck, in: Andre Kaiser/Thomas Zittel (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieentwicklung, 2004

Bei der Aufzählung kann es sich aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen und Publikationen nur um eine Auswahl handeln. Umfangreiche Informationen finden sich unter [www.uni-flensburg.de/geschichte](http://www.uni-flensburg.de/geschichte) und [www.izrg.de](http://www.izrg.de).

Daneben gibt es eine sehr erfolgreiche Institutsreihe des IZRG, z. B. mit folgenden Titeln:

- „Standgericht der inneren Front“ – Das Sondergericht Altona/Kiel 1932 bis 1945; Prof. Dr. Robert Bohn, Prof. Dr. Uwe Danker, 1998
- „Wir empfehlen Rückversicherung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“ – Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945, Hg. Prof. Dr. Uwe Danker, Annette Grewe, Dr. Nils Köhler, Sebastian Lehmann, 2001
- Der „Ausländereinsatz“ in Flensburg 1939 bis 1945, Hg. Prof. Dr. Robert Bohn, Prof. Dr. Uwe Danker, Dr. Nils Köhler, 2003
- „Die Pädagogische Hochschule Kiel im Dritten Reich“, Hg. Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, 2001

Das IZRG beschäftigt sich außerdem mit den Forschungsprojekten „Herrschaftsaufbau – Herrschaftszerfall: Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“, „Maritime Rüstungsindustrie in Kiel“ und „Der Ausländereinsatz in Nordfriesland“.

### **Universität zu Lübeck**

Die Universität zu Lübeck hat im Rahmen der jährlichen Gastprofessur im Wintersemester 2003/04 die Journalistin Dr. Gabriele Krone-Schmalz zu vier Abendveranstaltungen mit dem Generalthema „Kraftakt – Gesellschaften im Umbruch“ eingeladen. Die Veranstaltung befasste sich im Einzelnen mit „Russland unter Putin – Chancen und Risiken“, „In Wahrheit sind wir stärker – Frauen in Russland“, „Klartext – Deutschland und seine Reform(un)fähigkeit“ und „Pressefreiheit – ein Freibrief mit Pflichten“.

### **Fachhochschule Kiel**

An der Fachhochschule Kiel finden wöchentlich fortlaufend Veranstaltungen zur Sozialpolitik und Sozialökonomie statt, die sich u. a. mit den gegenwärtigen Modernisierungserfordernissen im sozialstaatlichen Umbauprozess auseinandersetzen. Abgesehen von einer Vielzahl von Vorträgen wurden am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit Exkursionen nach Brüssel mit dem Thema „Sozial- und Gleichstellungspolitik in der EU“ durchgeführt. Bei einer Exkursion nach Berlin mit Studierenden wurden u. a. Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages, im Familienministerium und in der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Im Rahmen der obligatorischen Vorlesungen „Einführung in das politische System“ und „Politische Kultur“ finden regelmäßig Besuche im Landtag, Gespräche mit den Mitgliedern des Bundestages, Vorträge von Vertreterinnen und Vertretern u. a. der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ statt.

### **Fachhochschule Lübeck**

Alle Studiengänge, insbesondere die Querschnittsfächer wie Wirtschaft, Umwelt, Medizin/ Medizintechnik (mit Gesundheitsmanagement, Technologiefolgen-Abschätzung, Ethik) oder Informations- und Kommunikationstechnologien haben aktuelle und politische und gesellschaftspolitische Entwicklungen zum Inhalt. Aktuelle und allgemeine Wirtschaftspolitik und Recht sowie Volkswirtschaftslehre finden sich in den Studiengängen Wirtschaftsingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre und Gesundheitswirtschaft sowie im Master-Studiengang Health Care Management.

## **7. Landeszentrale für politische Bildung**

„Neue Struktur – neue Leitung – neue Räume“ auf diese Formel lässt sich die einschneidendste Veränderung der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (LpB) in ihrer 47-jährigen Geschichte bringen. Gemäß Organisationserlass vom 22. Mai 2003 (Amtsblatt Sch.-Holst. S. 401 ff.) ist die Landeszentrale nun ein Landesbetrieb nach § 26 Landeshaushaltsordnung. Die Geschäftsführung und Leitung wurde dem Verbandsdirektor des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holstein übertragen. Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem MBWFK und dem LVHS hat sich dieser verpflichtet, den Verbandsdirektor für die Tätigkeit mit 25 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit freizustellen. Die Diensträume der LpB befinden sich seit dem 16. Juni 2003 im Ahlmannhaus, Kehdenstraße 27, in dem auch die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Volkshochschulen ihren Sitz hat.

Eingeleitet wurde diese Entwicklung mit der Entscheidung des Landtages zum Stellenplan 2002, die Stelle des Direktors der Landeszentrale bei dessen Pensionierung am 31. März 2002 nicht wieder zu besetzen. In Kenntnis dieser sich abzeichnenden Entwicklung hatte das MBWFK im Sommer 2001 eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ministeriums, des Landesverbandes der Volkshochschulen, der Universitäten Kiel und Flensburg sowie der LpB

berufen, die die Aufgabe hatte, Möglichkeiten der Erweiterung politischer Bildung insbesondere in der Fläche bei gleichzeitiger Einsparung von Kosten/Personalstellen zu entwickeln. Eckpunkte dafür waren eine enge Verknüpfung der künftigen Landeszentrale mit dem Landesverband der Volkshochschulen und den Volkshochschulen insgesamt sowie definierte Einsparungen von Ressourcen durch Aufgabenkritik und Synergieeffekte.

Die Arbeitsgruppe konnte ihren Bericht zwar zügig abschließen, das Anhörungsverfahren und das Beratungsverfahren im parlamentarischen Rahmen nahm dann aber noch das ganze Jahr 2002 in Anspruch, bevor die Weichen für die Veränderung in Richtung auf einen Landesbetrieb gestellt werden konnten. Viele Kontakte und Gespräche im politischen Raum haben die LpB aber in ihrer Einschätzung bestätigt, dass die gefundene Lösung nunmehr breite Zustimmung und Unterstützung erfährt.

#### *Kuratorium und Planungs- und Steuerungsausschuss*

Beratungs- und Unterstützungsgremium ist weiterhin das Kuratorium des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Neu hinzugekommen ist der Planungs- und Steuerungsausschuss, der gemäß Organisationserlass relevante gesellschaftliche Gruppen an der gemeinsamen Aufgabe der Sicherung und dem Ausbau der Demokratie durch politische Bildung beteiligt und die Landeszentrale bei der Vernetzung mit den Anbietern politischer Bildung, bei der Weiterentwicklung der Aufgaben und der Eigenwirtschaftlichkeit unterstützt.

#### *Akzentverschiebung in der inhaltlichen Arbeit*

Die öffentliche Verantwortung für die politische Bildung der LpB ist auch in der Rechtsform eines Landesbetriebes erhalten geblieben. Die eingeleitete Strukturreform verfolgt das Ziel, zu einer Akzentverschiebung der Aufgaben zu kommen. Die Landeszentrale wird zwar auch weiterhin eigene Veranstaltungen bzw. Kooperationsveranstaltungen durchführen, ihr Aufgabenspektrum wird künftig aber stärker ausgerichtet sein auf

- die Beratung und Information von Einzelpersonen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Organisationen zu Fragen der politischen Bildung,
- den Aufbau und die Unterstützung von Netzwerken, Kooperation und Koordination,
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere mit den Ostseeanrainerstaaten sowie
- die verstärkte Nutzung der neuen Medien in der politischen Bildung.

#### *Finanzierung*

Der öffentliche Auftrag und die öffentliche (Basis-) Finanzierung sind erhalten geblieben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LpB sind jedoch gefordert, die bereitgestellten Mittel noch effektiver als bisher einzusetzen und neue konsequent und zielstrebig zu akquirieren, z. B. über EU-Mittel (Problem der fehlenden Komplementärmittel), über Stiftungen, durch Sponsoring, Auftragsmaßnahmen und Spenden. Die bisherigen Erfahrungen in diesem schwierigen Geschäft zeigen erste Erfolge.

### *Zielgruppen, Methoden und Themen*

Die Landeszentrale wird auch weiterhin die bisherigen Zielgruppen ansprechen bzw. in ihrer Arbeit unterstützen. Zugleich wird sie sich aber bemühen, neue Zielgruppen – insbesondere junge sowie ältere Menschen – zu erreichen. Ausgehend von einer Befragung der bisherigen Nutzerinnen und Nutzer zu ihren Erwartungen kann sich die LpB auf eine Fülle von Anregungen zu neuen Themen, Methoden und Publikationen sowie auf Angebote zu bislang nicht praktizierten Kooperationen beziehen. Diese Vorschläge werden aufgenommen und in den kommenden Monaten über die bereits bestehenden Partnerschaften hinaus zu einem umfassenden Netz mit anderen Institutionen und Organisationen ausgebaut. Ziel ist die flächendeckende Verankerung und Verbreiterung der politischen Bildung im Land, wobei auch neue Themen und andere Methoden als die bislang überwiegend praktizierten Vorträge zum Einsatz kommen sollen (Anfänge wurden bereits gemacht, z. B. mit der Aufführung einer szenischen Lesung des jüdischen Theater Schachar zum Holocaust-Gedenktag und einem politischen Kabarett statt eines Jahresempfangs). Den Bereichen Europa, politische Jugendbildung, Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und dem Thema Migration werden in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit zukommen.

### *Öffentlichkeitsarbeit*

Politische Bildung lebt nicht zuletzt von einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb hat die Landeszentrale damit begonnen, ihre Öffentlichkeitsarbeit grundlegend zu verbessern. So erscheint das Veranstaltungsprogramm im neuen Layout künftig halbjährlich, sichert damit eine hohe Aktualität und richtet sich gezielt an die politische Öffentlichkeit, relevante Institutionen und Organisationen der politischen Bildung und deren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie an junge Menschen.

Die LpB gibt seit Dezember 2003 in unregelmäßigen Abständen einen Newsletter an einen breiten Kreis von Partnern heraus und bemüht sich außerdem, eine Mailingliste aufzubauen, um eine interessierte Öffentlichkeit dann auch auf diesem Weg zu unterrichten.

Auch die Website wird gerade grundlegend umgestaltet, um aktuelle Informationen über die Arbeit der Landeszentrale und genaue Einblicke in das umfangreiche Publikationsangebot abrufen zu können (über den Landesbildungsserver unter der Adresse <http://politische-bildung.lernnetz.de>).

### *Publikationen*

Die Abgabe von Publikationen ist und bleibt eine Kernaufgabe der Landeszentrale. Sie verfügt über einen großen Fundus an Publikationen der verschiedensten Art (Hefte, Bücher, CD-ROMs etc.), die u. a. Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern, Institutionen und Partnern im Bereich der politischen Bildung sowie Einzelpersonen seit dem 1. Januar 2004 gegen eine gestaffelte Bereitstellungspauschale (zwischen 1 und 9

EUR) zur Verfügung gestellt werden. Die LpB hat der neuen Innenstadtlage Rechnung getragen und ihre Öffnungszeiten deutlich ausgeweitet.

### **Initiative Politische Bildung**

Die Landeszentrale wird ihre Zusammenarbeit mit der im Jahre 1996 auf Vorschlag des Landesverbandes der Volkshochschulen und in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein gegründeten Initiative Politische Bildung Schleswig-Holstein deutlich verstärken. Ziel der künftigen Zusammenarbeit soll es vor allem sein, Netzwerke politischer Bildung in den Regionen Schleswig-Holsteins zu bilden und deren Arbeit durch Information und Beratung zu unterstützen. Dabei wird es vor allem um den Transfer von Know-how, Kontakten und Erfahrungen gehen.

Als erstes Arbeitsergebnis erschien im Jahr 2000 das Handbuch „Politische Bildung in Schleswig-Holstein – Einrichtungen und Initiativen“. Darin wird deutlich: Politische Bildung findet statt – an vielen Orten, von staatlichen, kommunalen, kirchlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Initiativen, kleineren und größeren Gruppen. Das Handbuch dient der Transparenz und besseren Vernetzung, ist gleichermaßen Arbeitsmittel und Orientierungshilfe. Das Verzeichnis der rund 100 Institutionen ist auch ins Internet eingestellt und kann unter [www.vhs-sh.de/polibi](http://www.vhs-sh.de/polibi) abgerufen werden.

2001 organisierte die Initiative in Kiel einen Workshop zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein mit dem Ziel, die Kommunikations- und Kooperationsstrukturen von Einrichtungen, Institutionen und Arbeitsgruppen zu fördern, Perspektiven zur weiteren Zusammenarbeit zu erarbeiten und mit einer „Landkarte der politischen Bildung“ die Transparenz in der politischen Bildungslandschaft zu verbessern.